

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB) der Sky Deutschland Gruppe

Stand: Dezember 2025

Vorrangverhältnis zwischen Allgemeinem und Besonderem Teil

Die Allgemeinen Bestimmungen (Teil A) gelten für sämtliche Verträge gemäß § 1. Ergänzend gelten – sofern einschlägig – die besonderen Vorschriften in den Teilen B bis F. Bei Widersprüchen zwischen dem Allgemeinen Teil und einem Besonderen Teil gehen die Bestimmungen des jeweiligen Besonderen Teils vor.

Teil A: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Allgemeines

(a) Die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen (Teil A) finden auf alle Verträge über den Einkauf von Waren sowie den Bezug von Dienst- oder Werkleistungen oder die Entwicklung bzw. Lizenzierung von Software durch die Sky Deutschland GmbH oder ein anderes Unternehmen der Sky Deutschland Gruppe als Auftraggeber (im Folgenden „AG“) mit dem Auftragnehmer (im Folgenden „AN“) Anwendung. Die Unternehmen der Sky Deutschland Gruppe sind verbundene Unternehmen i. S. v. §§ 15 ff. AktG, insbesondere derzeit die folgenden:

- Sky Deutschland GmbH
- Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG
- Sky Media GmbH
- Sky Deutschland Service Center GmbH
- SKY Deutschland Interaction Center I GmbH
- SKY Deutschland Interaction Center II GmbH
- Sky Österreich Fernsehen GmbH
- Sky Österreich Verwaltung GmbH
- Sky Switzerland SA
- NBC UNIVERSAL Global Networks Deutschland GmbH

(b) Die vorliegenden AEB gelten, sofern nicht im Einzelfall individuelle Abweichungen vereinbart werden, ausschließlich. Abweichende Geschäftsbedingungen des AN gelten nicht, es sei denn, der AG erkennt diese ausdrücklich vor der Leistungserbringung an. Die vorliegenden AEB gelten auch dann, wenn der AG in Kenntnis der entgegenstehenden oder von den AEB abweichenden Bedingungen des AN Lieferungen oder Leistungen des AN vorbehaltlos annimmt.

(c) Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen, soweit in diesen AEB oder anderen vertraglichen Regelungen der Parteien nichts Abweichendes geregelt ist.

(d) Soweit der AN Zugang zu IT-Systemen des AG benötigt, ist er verpflichtet, sich über eine vom AG bestimmte Multi-Faktor-Authentifizierungsanwendung zu authentifizieren. Die Anwendung ist auf eigenen geeigneten Geräten zu installieren.

(e) Die Parteien sichern zu und gewährleisten, dass weder sie selbst, noch eine ihrer Tochtergesellschaften,

Anteilseigner, Direktoren, Führungskräfte, leitenden Angestellten, Mitarbeiter, Leiharbeitnehmer, Auftragnehmer, Unterauftragnehmer oder sonstigen Vertreter ("Verbundene Personen") gegen Gesetze zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, denen eine der Parteien unterliegt, verstoßen oder die andere Partei zu einem solchen Verstoß veranlassen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf den U.K. Bribery Act 2010, U.S. Foreign Corrupt Practices Act 1977, Proceeds of Crime Act 2002, Criminal Finances Act 2017, Economic Crime and Corporate Transparency Act 2023, alle Sanktions- oder Exportkontrollregelungen des Vereinigten Königreichs, der Europäischen Union oder der Vereinigten Staaten, soweit sie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates, dem "European Blocking Statute" und § 7 AWV (Außenwirtschaftsverordnung) durchsetzbar sind, Straftaten gegen die Finanzkriminalität gemäß dem Irish Criminal Justice (Corruption Offences) Act 2018, dem italienischen Dekret 231 oder dem deutschen Strafgesetzbuch sowie alle Aktualisierungen, Änderungen und/oder Durchführungsmaßnahmen dazu (zusammen die "Anti-Finanzkriminalitätsgesetze"). Für den Fall, dass die Einhaltung einer Bestimmung dieser Vereinbarung zu einem Konflikt mit Gesetzen, Vorschriften oder Sanktionen führen würde, die rechtlich für eine der Parteien gelten, arbeiten die Parteien nach Treu und Glauben zusammen, um eine praktikable Lösung zu finden, die die Einhaltung so weit wie möglich ermöglicht, ohne gegen die geltenden rechtlichen Anforderungen zu verstoßen.

Wenn eine Partei gegen diese Klausel verstößt oder die fortgesetzte Erfüllung der Vereinbarung einen Verstoß gegen ein Gesetz zur Bekämpfung von Finanzkriminalität verursacht (i) Die Parteien arbeiten mit der jeweils anderen Partei bei der Überprüfung und, wenn möglich, bei der Beseitigung des Verstoßes uneingeschränkt zusammen. (ii) Die jeweilige Partei kann diese Vereinbarung mit sofortiger Wirkung durch Mitteilung an die andere Partei kündigen, ohne dieser gegenüber zu haften; und (iii) die jeweilige Partei stellt die andere Partei in vollem Umfang von allen Verbindlichkeiten frei, die ihr aus oder in Verbindung mit dieser Vereinbarung entstehen, bzw. die ihr aus oder im Zusammenhang mit einem Verstoß gegen diese Klausel entstehen.

§ 2 Selbstständigkeit des Auftragnehmers

(a) Der AN unterliegt bei der Durchführung seiner Tätigkeit über die Vorgaben des vertraglich definierten Auftrags hinaus keinerlei Weisungen des AG hinsichtlich Ort, Zeit sowie Art und Weise der Erbringung der

vertraglichen Leistung. Der AN erbringt den Auftrag eigenverantwortlich und mit eigenem wirtschaftlichem Risiko. Die Erbringung der Leistung kann auftragsbedingt jedoch beispielsweise den Einsatz an einem bestimmten Ort oder zu einer bestimmten Zeit verlangen. Der AN ist frei, auch für andere Auftraggeber tätig zu sein.

(b) Es muss gewährleistet werden, dass die Annahme anderer Aufträge nicht im Interessenkonflikt zu dem in § 1 genannten Auftrag steht. Der AN erklärt, dass er nicht regelmäßig und überwiegend nur für den AG tätig ist und dass er nach gegenwärtiger Planung mindestens 1/6 seines Jahresumsatzes mit anderen Auftraggebern neben Sky erwirtschaftet. Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich zu informieren, falls in dieser Hinsicht eine Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse eintritt.

§ 3 Menschenrechte und Umwelt

(a) Wie in den folgenden Abschnitten näher ausgeführt, arbeiten AG und AN zusammen, um potenzielle und tatsächliche nachteilige Auswirkungen der Aktivitäten des AN und der Unternehmen in seinen Lieferketten auf die Menschenrechte und die Umwelt zu verhindern, zu beenden und abzumildern.

(b) Der AN führt Sorgfaltsprozesse ein, die seiner Größe und seinen Umständen angemessen sind, um die oben genannten Auswirkungen zu identifizieren, zu verhindern, zu beenden, abzumildern und darüber Rechenschaft abzulegen, und zwar in Übereinstimmung mit:

- den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte von 2011 in Verbindung mit der ILO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit von 2022,
- den OECD-Leitlinien von 2018 für die Sorgfaltspflicht bei der Ausübung einer verantwortungsvollen Geschäftstätigkeit,
- dem Minamata-Übereinkommen über Quecksilber,
- dem Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe, und
- dem Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung.

(zusammen die „Grundlegenden Verpflichtungen / FO“).

(c) Der AN muss dem AG so schnell wie möglich alle für die Due-Diligence-Prozesse relevanten Informationen zur Verfügung stellen bzw. offenlegen. Dies umfasst insbesondere (i) jede potenzielle oder tatsächliche Verletzung der genannten Verpflichtungen durch ihn selbst oder ein Unternehmen in seiner Lieferkette sowie (ii) jede Änderung von Schulungen oder Maßnahmen, die sich auf seine Fähigkeit zur Einhaltung dieser Verpflichtungen auswirken könnten.

(d) Der AN verpflichtet sich, von seinen Zulieferern eine Zusicherung einzuholen, dass diese ebenfalls eine zumutbare risikobasierte Strategie umsetzen, um Verstöße gegen die FO zu verhindern.

(e) Der AN räumt dem AG oder seinen Beauftragten auf Anfrage und auf Kosten des AG umfassende Befugnisse zur Überwachung von FO-bezogenen Belangen vor Ort in jeder Produktionsstätte innerhalb der Lieferkette ein.

(f) Wenn ein Verstoß gegen eine FO bereits stattgefunden hat oder unmittelbar bevorsteht, muss der AN angemessene Abhilfemaßnahmen ergreifen. Bei schwerwiegenden Verstößen, die nicht innerhalb angemessener Frist abgestellt werden können, ist der AG berechtigt, den Vertrag zu kündigen. Gleiches gilt, wenn Überwachungsrechte behindert werden.

§ 4 Vertragsschluss, Erklärungen und Leistungsänderung

(a) Sämtliche Erklärungen (Einwilligungen, Bestätigungen, Genehmigung, Abnahmen etc.) und Vereinbarungen aus und im Zusammenhang mit Verträgen gem. § 1 bedürfen der Schrift- oder Textform. Die Schrift- oder Textform wird insbesondere gewahrt durch Übermittlung per Brief, Telefax, e-procurement-System, e-mail und Docusign.

(b) Bestellungen werden für den AN verbindlich, wenn er nicht unverzüglich nach deren Zugang widerspricht.

(c) Soweit vom AN die Erbringung von Dienst- und Werkleistungen (z.B. die Erstellung von Software) geschuldet wird, ist der AG jederzeit dazu berechtigt, Änderungen der vereinbarten Leistungen zu verlangen. Der AN wird Änderungsverlangen des AG Rechnung tragen, es sei denn, er weist nach, dass ihm ein solches Änderungsverlangen im Rahmen seiner betrieblichen Leistungsfähigkeit unzumutbar ist. Falls die vom AG gewünschten Änderungen Auswirkungen auf das vertragliche Leistungsgefüge, insbesondere die Vergütungsregelung haben, werden die Parteien unverzüglich eine Anpassung der vertraglichen Regelungen vornehmen. Unerhebliche Auswirkungen bleiben außer Betracht. Kommt eine Anpassung der vertraglichen Regelung nicht innerhalb von 10 Tagen nach Zugang des Änderungsverlangens zustande, so wird die vereinbarte Leistung ohne Berücksichtigung des Änderungsverlangens weitergeführt.

§ 5 Freistellung von Ansprüchen Dritter

(a) Wird der AG von einem Dritten wegen der Behauptung in Anspruch genommen, die vom AN erbrachte Leistung verletze Rechte Dritter (insbesondere gewerbliche Schutzrechte), ist der AN verpflichtet, den AG von diesen Ansprüchen freizustellen, soweit und solange die Ansprüche auf einer vom AN zu vertretenden Pflichtverletzung beruhen. Die Freistellung umfasst auch die dem AG im Zusammenhang mit der Abwehr solcher Ansprüche notwendig und nachweislich entstandenen Kosten (insbesondere angemessene Rechtsverteidigungskosten). Der AG ist verpflichtet, den AN unverzüglich schriftlich über die Inanspruchnahme durch Dritte zu informieren und diesem die alleinige Führung der Verteidigung zu ermöglichen. Der AG darf ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AN keine

Erklärungen gegenüber dem Dritten abgeben oder Vereinbarungen treffen.

(b) Gesetzliche Mängelrechte und weitergehende Ansprüche des AG bleiben unberührt.

§ 6 Subunternehmer, Personal, Sozialabgaben

(a) Ohne Zustimmung des AG in Textform darf der AN keine Subunternehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen einsetzen. Sofern der AG dem Einsatz von Subunternehmern zustimmt, hat der AN sicherzustellen, dass der Subunternehmer sich ihm gegenüber zu diesen AEB identischen Konditionen verpflichtet.

(b) Der AN verpflichtet sich, dass er ausschließlich bei ihm oder seinem Erfüllungsgehilfen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Räumlichkeiten des AG zur Erfüllung seiner Vertragspflichten einsetzt und, dass er die so eingesetzten Personen regelmäßig austauscht. Hierbei hat der AG keinen Einfluss auf die Auswahl der einzusetzenden Personen.

(c) Der AN setzt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bei der Erbringung der geschuldeten Leistung nur Mitarbeiter ein, die eine gültige Arbeitserlaubnis der Bundesrepublik Deutschland oder, soweit die Leistung nicht in Deutschland erbracht wird, eine gültige Arbeitserlaubnis des jeweiligen Hersteller- bzw. Dienstleisterlands besitzen. Alle anfallenden Steuern und Sozialversicherungsabgaben werden vollständig und fristgerecht an die zuständigen Stellen vom AN abgeführt. Diese Verpflichtungen hat der AN vertraglich an Subunternehmer weiterzugeben.

(d) Der AN sichert die Einhaltung der Vorschriften zum Arbeitsschutz zu.

§ 7 Erfüllungsort

Soweit im Vertrag nichts Abweichendes bestimmt ist, ist Erfüllungsort der Sitz des AG.

§ 8 Vergütung

(a) Mit der vereinbarten Vergütung sind alle Nebenleistungen abgegolten, insbesondere enthalten die vereinbarten Preise alle anfallenden Fracht-, Transport-, Versicherungs- und Verpackungskosten. Kosten für die Nutzung elektronischer Systeme (wie z. B. das Einkaufssystem Ariba) trägt der AN selbst. Die Vergütung versteht sich in Euro und zuzüglich gesondert auszuweisender gesetzlicher Umsatzsteuer.

(b) Vergütet wird nur die tatsächlich erbrachte Auftragsleistung. Der AN führt die aufgrund seines Honorars anfallenden Steuern und ggf. Sozialabgaben selbst ab. Mit diesem Honorar sind sämtliche Tätigkeiten des AN, insbesondere Vor- und Nacharbeiten sowie Reisezeiten einschließlich seines eventuellen sachlichen Aufwands, abgegolten. Der AG ist nur dann zur Erstattung von weiteren Aufwendungen und sonstigen Kosten verpflichtet, wenn dies vom AG vorher genehmigt

wurde. In jedem Fall werden bewilligte Aufwendungen und Kosten nur gegen Vorlage der Belege entsprechend den steuerlichen Vorschriften erstattet.

(c) Sollte der AN in der Zeit zwischen der Bestellung und der Erbringung der Leistungen bzw. der Lieferung seine Preise oder Konditionen ändern, so kann der AG wählen, ob er die am Tag der Leistungserbringung bzw. der Lieferung gültigen Preise und Konditionen dem Vertrag zugrunde legen möchte.

(d) Die Zahlungsfrist beginnt nach Lieferung bzw. Leistungserbringung und mit Zugang der ordnungsgemäßen Rechnung beim AG. Die Zahlung erfolgt unter dem Vorbehalt der Anerkennung vertragsgemäßer Leistung. Die Zahlungsfrist beträgt 30 Tage. Die Rechtzeitigkeit von Zahlungen bestimmt sich nach dem Zeitpunkt des Überweisungsauftrages, oder, bei Wahl einer sonst üblichen Zahlungsart, der Einzahlung.

§ 9 Zahlungsbedingungen

(a) Rechnungsstellung

(aa) Der AN verpflichtet sich, über die ausgeführten Leistungen Rechnungen auszustellen, die den gesetzlichen Anforderungen des anwendbaren Umsatzsteuerrechts entsprechen.

(bb) Insbesondere müssen die folgenden Angaben in den Rechnungen enthalten sein:

- Name, Anschrift und Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Leistungsempfängers
- Name, Anschrift und Steuernummer oder Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des AN
- Art und der Umfang der Leistung (alternativ Bezug auf ergänzende Dokumente z.B. Vertrag)
- Zeitpunkt der Leistung (z.B. Monat)
- Ausstellungsdatum der Rechnung
- Fortlaufende Rechnungsnummer
- Zehnstellige AG-interne Bestellnummer des AG
- Nettobetrag für die Leistung, aufgeschlüsselt nach steuerpflichtigen – getrennt nach Steuersätzen – und steuerfreien Beträgen
- Der auf den Nettobetrag entfallende Steuerbetrag ist gesondert auszuweisen
- Hinweis auf den Grund der Steuerbefreiung (z.B. Auslandslieferung)
- Ergänzende Hinweise bei ausländischen Dienstleistern

(cc) Bei Kleinbetragsrechnungen (bis EUR 250,-) müssen nur die Punkte a) bb) Spiegelstrich Nr. 2, Nr. 3, Nr. 5 und die Bruttobeträge aufgeschlüsselt nach Steuersätzen enthalten sein.

(b) Rechnungen sind per E-Mail an PDF.Rechnungen@sky.de zu senden und dürfen der Lieferung nicht beigelegt werden. Ordnungsgemäße Rechnungen haben die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben zu enthalten. Eine Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

(c) Der AN kann vom AG keine Teilzahlungen und Abschläge verlangen.

§ 10 Steuern und Abgaben

(a) Jede Partei ist für ihre eigenen Steuerverbindlichkeiten in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet verantwortlich, und alle gemäß diesem Vertrag zu zahlende Beträge sind ohne jeden Abzug, mit Ausnahme von Quellensteuern oder ähnlichen Steuern (falls zutreffend), zu zahlen. Soweit der AG nach deutschem oder ausländischem Recht oder aus sonstigen Rechtsgründen verpflichtet ist, Steuern für den AN einzubehalten und abzuführen, ist der AG berechtigt, die Steuern (hiervon ausgenommen bleibt Umsatzsteuer im Reverse-Charge-Verfahren) von der Vergütungszahlung einzubehalten und für den AN an die jeweilige Finanzbehörde abzuführen. Der Lieferant verpflichtet sich, den AG insoweit freizustellen und etwaige diesbezüglich bereits erhaltene Beträge innerhalb von 20 Tagen nach entsprechender Aufforderung durch den AG an diesen zurückzuzahlen. Nach Abführung dieser Steuern an die zuständige Steuerbehörde stellt der AG dem AN eine entsprechende Steuerbescheinigung aus, die es dem AN ermöglicht, eine etwaige Steuergutschrift aus der einbehaltenen Steuer in Anspruch zu nehmen. Der AG wird jedoch vom Steuerabzug absehen, soweit vor Auszahlung der Vergütung eine gültige (Teil-) Freistellungsbescheinigung des AN vorgelegt wird. Im erforderlichen und zumutbaren Umfang wird der AG den AN bei der Beantragung einer entsprechenden Freistellungsbescheinigung unterstützen.

Der AN ist nach deutschem Recht verpflichtet, das zuständige Finanzamt und den AG unverzüglich zu informieren, wenn sich die Voraussetzungen, auf die sich das zuständige Finanzamt bei der Erteilung der Freistellungsbescheinigung gestützt hat, während des Gültigkeitszeitraums der Freistellungsbescheinigung geändert haben, insbesondere eine der folgenden Voraussetzungen:

- Wohnsitzstatus des AN im Sinne des einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommens,
- Verfügungsberechtigung des AN über die Vergütungszahlung,
- Änderung des Vertrages in Bezug auf die eingeräumten Rechte und die wirtschaftliche Berechtigung des AN an der Vergütungszahlung

b) Hat sich eine der vorgenannten Bedingungen geändert und ist die zuvor vom AN vorgelegte Freistellungsbescheinigung ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung ungültig und hat der AG nach deutschem Recht Quellensteuern für den AN

einzubehalten und abzuführen, so ist der AG berechtigt, diese Quellensteuer von der nächsten Vergütungszahlung einzubehalten und für den AN an das zuständige Finanzamt abzuführen, es sei denn, der AN legt eine neue Freistellungsbescheinigung auf der Grundlage der geänderten Bedingungen vor, in der bestätigt wird, dass ein ermäßigter oder kein Quellensteuersatz gilt. Der AN verpflichtet sich, der AG diesbezüglich schadlos zu halten und bereits erhaltene Vergütungsbeträge innerhalb von 20 Tagen nach entsprechender Aufforderung durch den AG an diesen zurückzuzahlen.

§ 11 Geheimhaltung und Datenschutz

(a) Der AN hat alle vereinbarten Konditionen vertraulich zu behandeln. Ein Hinweis auf die Geschäftsbeziehung zu Referenzzwecken oder Werbezwecken durch den AN sowie jede Nutzung von Logos des AG sind ohne die vorherige Zustimmung des AG nicht gestattet.

(b) Der AN ist verpflichtet, den Inhalt des Vertrags sowie sämtliche Informationen des AG, die ausdrücklich als vertraulich bezeichnet oder den Umständen nach als vertraulich anzusehen sind, sowie alle ihm übergebenen Unterlagen und Gegenstände (im Folgenden „vertrauliche Informationen“) geheim zu halten. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen.

(c) Die vorstehende Vertraulichkeitsvereinbarung findet keine Anwendung auf Informationen,

(i) die dem AN vor Offenlegung durch den AG bereits bekannt waren,

(ii) die von dritter Seite ohne eine Verpflichtung zur Geheimhaltung übermittelt wurden,

(iii) die vom AN unabhängig vom Vertrag und ohne Zuhilfenahme von vertraulichen Informationen entwickelt wurden,

(iv) die ohne nicht-autorisierte Offenlegung durch den AN öffentlich bekannt waren oder werden, oder

(v) deren Offenlegung durch ein Gericht, eine sonstige staatliche Behörde oder in sonstiger Weise durch das Gesetz angeordnet wird.

(d) Der AN verpflichtet sich, sämtliche Bestimmungen des anwendbaren Datenschutzrechts, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), einzuhalten.

(e) Sofern und soweit der AN im Rahmen der Leistungserbringung im Auftrag des AG personenbezogene Daten verarbeitet, wird der AN mit dem AG vor Beginn der Verarbeitung einen den Anforderungen des Art. 28 DSGVO entsprechenden Auftragsverarbeitungsvertrag abschließen.

(e) Der AN gewährleistet, dass alle mit der Datenverarbeitung betrauten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet wurden und geeignete

technische und organisatorische Maßnahmen getroffen wurden, um ein dem sich aus der Datenverarbeitung ergebenden Risiko für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten.

(f) Für den Fall des Verstoßes gegen gesetzliche Datenschutzbestimmungen im Rahmen der vertraglichen Beziehungen zwischen AN und AG oder einem sonstigen Verstoß gegen vereinbarte Geheimhaltungs- oder Datenschutzverpflichtungen durch den AN, wird die Bezahlung einer Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe vom AG nach billigem Ermessen zu bestimmen ist und deren Angemessenheit im Streitfall vom zuständigen Gericht überprüfbar ist. Unabhängig von der Bezahlung der Vertragsstrafe ist der AG zur Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadensersatzes berechtigt.

(g) Der AN stellt den AG sowie mit diesem verbundene Unternehmen hiermit von allen drohenden oder tatsächlichen Schäden frei, die dem AG und mit diesem verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Verstoß des AN gegen den Auftragsverarbeitungsvertrag oder Teil A § 10 dieser Vereinbarung entstehen.

§ 12 Einsatz Künstlicher Intelligenz

(a) Der AN darf bei der Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen keine künstliche Intelligenz (einschließlich generativer KI) einsetzen oder in die Leistungsergebnisse integrieren, soweit der Einsatz einen unmittelbaren Einfluss auf Art, Inhalt oder Qualität der vertraglichen Hauptleistung hat, es sei denn, der AG hat dem zuvor ausdrücklich zugestimmt.

(b) Kein zustimmungspflichtiger Einsatz liegt insbesondere dann vor, wenn der AN generative oder sonstige KI ausschließlich zur internen Unterstützung einsetzt, etwa zur Recherche, Textverarbeitung, Terminplanung oder Formatierung, sofern dadurch keine ausschließlich durch die KI generierte inhaltliche Gestaltung, Beurteilung oder Entscheidung des Ergebnisses der vertraglich geschuldeten Hauptleistung erfolgt.

(c) Sofern der AG den zustimmungspflichtigen Einsatz von KI nach Absatz (a) genehmigt, verpflichtet sich der AN,

- den AG umfassend über die beabsichtigten Anwendungsfälle sowie die eingesetzte Technologie zu informieren;
- auf Wunsch des AG bei der Durchführung einer Risikoanalyse aktiv mitzuwirken;
- auf Verlangen Auskunft über die verwendeten Technologien, deren Nutzungsbedingungen und etwaige Risikoversicherungen zu erteilen.

(d) Der AN garantiert in Fällen genehmigten KI-Einsatzes,

- die Einhaltung aller anwendbaren vertraglichen Geheimhaltungsverpflichtungen, gesetzlichen Vorgaben, berufsständischen (z.B.

Anwaltsgeheimnis) oder ethischen Standards sowie gegebenenfalls relevanter Drittanbieterbedingungen;

- dass sämtliche durch KI erzeugten Inhalte vor Übergabe an den AG durch natürliche Personen auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft wurden, es sei denn, der AG verzichtet ausdrücklich auf eine solche Prüfung;
- dass die Qualität der Leistungsergebnisse mindestens dem Standard entspricht, der ohne Einsatz von KI zu erwarten wäre;
- dass durch den Einsatz von KI keine Rechte Dritter an den Leistungsergebnissen entstehen und bestehende Garantien des AN unberührt bleiben.

(e) Der AN bleibt auch bei genehmigtem Einsatz von KI uneingeschränkt für die vertragsgemäße Erbringung der Leistungen verantwortlich. Der Einsatz von KI ist vom AN nachvollziehbar zu dokumentieren; auf Verlangen des AG ist Einsicht in die Dokumentation zu gewähren.

(f) Daten des AG dürfen weder direkt noch indirekt – auch nicht anonymisiert oder aggregiert – für das Training, das Fine-Tuning oder die Weiterentwicklung von KI-Modellen verwendet werden.

§ 13 Auditrecht

(a) Der AG hat das Recht auf ein Audit gemäß den folgenden Regelungen, wenn er ein berechtigtes Interesse hat und ein Audit erforderlich ist, um die ordnungsgemäße Leistungserbringung nachzuvollziehen. Im Falle eines Audits haben der AG oder seine Vertreter das Recht, Räumlichkeiten des AN zu inspizieren und Aufzeichnungen des AN einzusehen, diese zu auditieren und Kopien daraus zu erstellen, soweit diese Aufzeichnungen geeignet sind die vertragliche Leistungserbringung nachzuweisen und keine Rechte Dritter der Einsichtnahme entgegenstehen. Die Einsicht erfolgt im angemessenen Umfang, am üblichen Standort und zu den üblichen Geschäftszeiten. Der AN wird umfassend und unverzüglich bei jeder Einsichtnahme oder jedem Audit durch oder im Auftrag des AG kooperieren, einschließlich der vollständigen und sorgfältigen/korrekten Beantwortung der Fragen und Zurverfügungstellung von angeforderten Unterlagen.

(b) Der AG ist zu einem Audit unter Einhaltung einer Ankündigungsfrist von 2 Tagen berechtigt. Der AN hat den Mitarbeitern des AG unverzüglich kostenfrei die erforderlichen Unterstützungsleistungen sowie angemessenen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, solange dies für die Durchführung eines Audits erforderlich ist. Wenn der AN personenbezogene Daten verarbeitet, können Audits ohne vorherige Ankündigung erfolgen.

(c) Der AG kann Audits jederzeit bis zu 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres nach Beendigung dieses Vertrages durchführen.

(d) Der AG trägt die Kosten eines Audits, es sei denn, die Prüfung ergibt, dass der AN nicht unwesentlich gegen Vertragspflichten verstoßen hat. In diesem Fall hat der AN alle angemessenen Gebühren zu übernehmen, bzw. gegenüber dem AG zu erstatten. Wenn sich herausstellt, dass der AG Überzahlungen geleistet hat, sind diese Überzahlungen unverzüglich mit Zinsen zurückerstatten.

(e) Diese Klausel gilt nicht für Audits im Rahmen einer Datenschutzvereinbarung und beeinträchtigt nicht die Rechte des AG, gesondert Schadensersatz wegen Vertragsverletzung geltend zu machen.

§ 14 Höhere Gewalt

(a) Ereignisse höherer Gewalt und alle sonstigen unvorhersehbaren, unabwendbaren und unverschuldeten Ereignisse (z. B. Naturkatastrophen, seuchenartige infektiöse Krankheiten, Krieg, Aufruhr oder deren Folgen, Streik) befreien die Vertragspartner, für die Dauer der Störung durch ein solches Ereignis, von den jeweiligen Leistungspflichten.

(b) Tritt ein Ereignis nach Absatz 1 ein, teilt die betroffene Vertragspartei der anderen Vertragspartei den Eintritt eines solchen Ereignisses sowie dessen Folgen für die Leistungspflichten mit. Diese Mitteilung hat unverzüglich, spätestens innerhalb von 14 Tagen, nachdem die betroffene Partei von dem Ereignis nach Absatz 1 Kenntnis erlangt hat oder hätte erlangen müssen, zu erfolgen. Erfolgt die Mitteilung nach der Frist von 14 Tagen, so ist die betroffene Vertragspartei erst ab dem Zeitpunkt, an dem diese Mitteilung der anderen Vertragspartei zugeht, von der Erfüllung der verhinderten Leistungspflichten befreit.

(c) Beide Parteien sind verpflichtet, alles Zumutbare zur Vertragserfüllung oder zur Schadensminderung zu unternehmen. Sind die vorgenannten Störungen nicht nur vorübergehend oder sind seit dem vereinbarten Termin der Leistungserbringung mehr als zwei Monate verstrichen, so sind die Vertragsparteien jeweils berechtigt, innerhalb von zwei Monaten den Rücktritt zu erklären oder das Dauerschuldverhältnis zu kündigen. In diesem Fall besteht gegenüber dem AN keine Haftung oder Verpflichtung, Rohstoffe, unfertige oder fertiggestellte Waren oder Leistungen zu erwerben.

§ 15 Übertragung von Rechten und Pflichten

Soweit nicht anders geregelt, sind die Vertragsparteien nicht berechtigt, ohne Zustimmung der jeweils anderen Partei Rechte und Pflichten aus dem Vertragsverhältnis einschließlich Entgeltforderungen und Schadensersatzansprüche auf Dritte zu übertragen. Bei einer Übertragung von Rechten und Pflichten an im Sinne des § 15 AktG verbundene Unternehmen gilt die Zustimmung des AN jedenfalls als erteilt.

§ 16 Gleichbehandlung bei Konzernübernahme

(a) Wird der AG durch ein anderes Unternehmen (im Folgenden: „Erwerber“) im Sinne der §§ 15 ff. AktG unmittelbar oder mittelbar übernommen und unterhält der AN zu diesem Erwerber bereits eine vertragliche Beziehung betreffend identische oder gleichartige Leistungen, so verpflichtet sich der AN, dem AG ab dem Zeitpunkt der Übernahme mindestens die wirtschaftlich günstigeren Konditionen (insbesondere Preise, Rabatte, Zahlungsfristen oder sonstige Preisbestandteile) zu gewähren, die er dem Erwerber unter vergleichbaren Umständen einräumt.

(b) Diese Regelung gilt nicht, soweit der AN nachweist, dass die gegenüber dem Erwerber gewährten Konditionen auf Umständen beruhen, die im Verhältnis zum AG nicht vorliegen oder nicht in zumutbarer Weise geschaffen werden können.

§ 17 Gerichtsstand und anwendbares Recht

(a) Dieser Vertrag ersetzt alle vorherigen schriftlichen oder mündlichen Vereinbarungen der Parteien in Bezug auf denselben Vertragsgegenstand.

(b) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, so bleiben die übrigen Bestimmungen dieses Vertrags hiervon unberührt.

(c) Für alle Rechtsbeziehungen zwischen den Parteien gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Das UN-Kaufrecht (CISG) sowie etwaige sonstige zwischenstaatliche Übereinkommen finden keine Anwendung.

(d) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten zwischen den Parteien ist das Landgericht München I. Gesetzliche Regelungen über ausschließliche Zuständigkeiten bleiben unberührt.

Teil B – Besondere Vorschriften für den Warenkauf

§ 1 Lieferung, Verpackung, Gefahrübergang

(a) Die Waren sind handelsüblich und sachgerecht zu verpacken. Transportverpackungen sind vom AN auf seine Kosten zurückzunehmen.

(b) Allen Lieferungen ist ein Lieferschein in zweifacher Ausfertigung beizulegen. Der Lieferschein muss alle Bestelldaten des AG (insbesondere die Bestellnummer,

die Artikelnummer, Bestell- und Liefermenge sowie Einzel- und Gesamtpreis) enthalten und hat den Liefergegenstand nach Art und Umfang genau zu bezeichnen. Fehlt eine Angabe, so hat der AG eine daraus resultierende Verzögerung bei der Bearbeitung nicht zu vertreten.

(c) Bis zur vollständigen Annahme der Lieferung durch den AG am Erfüllungsort trägt der AN die Gefahr des

Verlustes, des zufälligen Untergangs oder der Beschädigung der Waren. Dies gilt auch, wenn im Einzelfall eine Versendung auf Kosten des AG vereinbart wird oder der AG die Transportversicherung selbst abschließt.

(d) Vorzeitige Lieferungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des AG. Vereinbarte Zahlungstermine werden dadurch nicht berührt.

(e) Teillieferungen sind nur nach vorheriger Zustimmung des AG zulässig. Erfolgt eine nicht genehmigte Teillieferung, ist der AG berechtigt, die Annahme zu verweigern oder die Rücksendung auf Kosten des AN zu veranlassen.

§ 2 Liefertermine und Verzug

(a) Vereinbaren AG und AN einen Termin für die Lieferung und hat der AG an der fristgerechten Lieferung erkennbar ein besonderes Interesse, so sind solche Termine verbindliche und fest vereinbarte Fixtermine i. S. d. § 376 HGB. Der AN gerät durch Nichteinhaltung solcher Termine ohne weitere Nachfristsetzung in Verzug.

(b) Schäden, die dem AG durch die vom AN verschuldete Nichteinhaltung von Fristen entstehen, hat der AN zu ersetzen.

(c) Voraussichtliche Verzögerungen im Zusammenhang mit der Lieferung hat der AN unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung unverzüglich mitzuteilen. Die Regelung in Absatz (a) bleibt hiervon unberührt.

(d) Die vorbehaltlose Annahme einer verspäteten Lieferung enthält keinen Verzicht auf dem AG zustehende Ersatzansprüche.

§ 3 Vertragsstrafe

Erbringt der AN seine Lieferung nicht innerhalb von zehn (10) Kalendertagen nach dem vereinbarten Termin, hat er für jeden weiteren Kalendertag des Verzuges eine Geldsumme in Höhe von 0,2 % der vereinbarten Vergütung für die Lieferung zu zahlen (Vertragsstrafe), wobei die Höchstsumme 5 % der Vergütung beträgt. Die Geltendmachung weiteren Verzugsschadens bleibt hiervon unberührt. Für den Fall, dass der AG einen Verzugsschaden geltend macht, wird die Vertragsstrafe auf den entstandenen Verzugsschaden angerechnet. Ein Vorbehalt bei Annahme der Lieferung muss nicht erklärt werden.

§ 4 Eigentumsübergang

Das Eigentum an den Waren geht mit Lieferung in das Eigentum des AG über. Eigentumsvorbehalten des AN wird ausdrücklich widersprochen.

§ 5 Rügeobliegenheit und Mängelrechte

(a) Offene Mängel sind innerhalb von zwei Wochen nach Lieferung der Waren, verdeckte Mängel innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Entdeckung dem AN vom AG und in nachvollziehbarer Weise mitzuteilen.

(b) Ist eine gelieferte Ware mangelhaft, kann der AG den AN nach seiner Wahl zur Nachbesserung oder Nachlieferung auffordern. Die Nachbesserung gilt als fehlgeschlagen, wenn der zweite Nachbesserungsversuch erfolglos bleibt. Bei einer Nachlieferung hat der Austausch der mangelhaften Ware durch den AN unverzüglich zu erfolgen. Die Nachlieferung ist fehlgeschlagen, wenn die als Ersatz gelieferte Ware wiederum mangelhaft ist.

(c) Die Annahme mangelhafter Waren kann vom AG verweigert werden. Mehraufwendungen, die durch die Prüfung und Rücksendung mangelhafter Waren entstehen, hat der AN zu ersetzen.

(d) Die Verjährungsfrist für Ansprüche des AG wegen Mängeln gelieferter Waren beträgt zwei Jahre.

§ 6 Serienfehler

(a) Serienfehler sind Fehler, bei denen Materialien, Komponenten, Teilsysteme oder Systeme eine Fehlerhäufigkeit aufweisen, die markant außerhalb der gewöhnlich erwarteten Werte oder der vom AN angegebenen Werte liegen. Ein Serienfehler liegt insbesondere dann vor, wenn die Anzahl der beanstandeten Vertragsgegenstände 1 % der jeweiligen Liefermenge überschreitet und die Liefermenge mindestens fünfhundert (500) Stück umfasst.

(b) In diesem Fall hat der AN nach Wahl des AG entweder einen Maßnahmenplan zur Fehlerbehebung vorzulegen und auf seine Kosten umzusetzen oder alle Vertragsgegenstände dieser Serie auszutauschen, wenn eine Aussonderung der einzelnen betroffenen Vertragsgegenstände dem AG nicht zumutbar ist.

(c) Der AG ist auch berechtigt, die betroffenen Vertragsgegenstände zurückzurufen. Dies gilt auch, wenn diese in andere Produkte des AG verbaut wurden. Der AN hat in diesem Fall auf erstes Anfordern hin alle Kosten und Aufwände für den Rückruf zu erstatten.

(d) Der AG kann die Rechte aus diesem § 6 innerhalb der Gewährleistungsfrist geltend machen. Die gesetzlichen Gewährleistungsrechte und andere Rechte aus diesen AEB bleiben unberührt.

§ 7 Produkthaftung und Versicherung

(a) Wird der AG von einem Dritten unter Bezug auf einen sachlichen oder rechtlichen Mangel einer gelieferten Ware des AN in Anspruch genommen, so ist der AN auf erstes Anfordern verpflichtet, den AG von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht des AN bezieht sich auch auf alle Aufwendungen, die dem AG aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten auf Grund eines Mangels notwendigerweise erwachsen. Der AG ist nicht berechtigt, ohne Zustimmung des AN mit dem Dritten Vereinbarungen auf Grund der erfolgten Inanspruchnahme zu treffen, insbesondere einen Vergleich abzuschließen.

(b) Der AN hat den AG auf erstes Anfordern von Schadensersatzansprüchen Dritter in Bezug auf gelieferte Waren nach dem Produkthaftungsgesetz oder einer vergleichbaren ausländischen Regelung freizustellen, soweit die Schadensursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich liegt. Der AN hat eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe auch für Produkthaftungsfälle zu unterhalten. Auf Verlangen des AG hat er die Produkthaftpflichtversicherung nachzuweisen.

§ 8 Lieferung gemäß Incoterms, Zoll und Ausfuhr

(a) Sofern im Einzelfall keine abweichende Lieferbedingung vereinbart ist, erfolgt die Lieferung durch den AN gemäß DAP (Delivered At Place, Incoterms 2020) an den vom AG benannten Bestimmungsort. Die Lieferung umfasst insbesondere die Übernahme aller Kosten und Risiken bis zur vollständigen Anlieferung an

diesen Ort einschließlich Verpackung, Transport, Versicherung sowie Ausfuhr- und Einfuhrzollformalitäten.

(b) Der AN ist verpflichtet, alle für die ordnungsgemäße Verzollung erforderlichen Dokumente – insbesondere Handelsrechnungen, Ursprungsnachweise, Ausfuhranmeldungen sowie Zolltarifnummern – vollständig und rechtzeitig bereitzustellen. Der AG ist berechtigt, Lieferungen zurückzuweisen, bei denen diese Unterlagen fehlen oder unvollständig sind.

(c) Der AN trägt sämtliche Zölle, Steuern, Gebühren, Abgaben sowie sonstigen öffentlichen Lasten, die im Zusammenhang mit der Ausfuhr, Einfuhr oder dem Transit der Waren anfallen. Der AG ist nicht verpflichtet, als Ausführer oder Importeur gegenüber Zollbehörden aufzutreten, es sei denn, dies wurde ausdrücklich vereinbart.

Teil C – Besondere Vorschriften für Werkverträge

§ 1 Leistungsgegenstand und Abnahme

(a) Gegenstand ist die Herstellung einer bestimmten Sache oder eines durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführenden Erfolgs.

(b) Der AN zeigt dem AG die Fertigstellung der geschuldeten Werkleistung an und übergibt sämtliche zur Prüfung erforderlichen Unterlagen in verwertbarer Form, insbesondere Planungsunterlagen, Zeichnungen, Modelle, Berechnungen, Testdokumentationen und vergleichbare Nachweise. Eine Abnahmefrist beginnt nicht vor Zugang dieser vollständigen Unterlagen.

(c) Die Abnahme erfolgt ausschließlich förmlich durch ausdrückliche Erklärung des AG. Eine fiktive Abnahme, insbesondere nach § 640 Abs. 2 BGB, ist ausgeschlossen.

(d) Teilabnahmen erfolgen nur, wenn sie ausdrücklich vom AG verlangt oder genehmigt wurden.

(e) Der AN wirkt auf Anforderung des AG bei der Durchführung von Abnahmetests oder sonstigen Abnahmeprüfungen unentgeltlich mit. Dies gilt auch für notwendige Nachbesserungen oder Maßnahmen zur Beseitigung von Abnahmehindernissen.

(f) Abschlagszahlungen oder Teilvergütungen erfolgen nur auf Grundlage ausdrücklich Vereinbarungen. Eine Abrechnung vor förmlicher Abnahme ist ausgeschlossen.

(g) Die Abnahme hat keine Auswirkungen auf die Geltendmachung von Mängelrechten, sofern diese nicht ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Weitergehende Rechte des AG aus den AEB bleiben unberührt.

(h) Erfordert die Abnahme aufgrund nicht abnahmefähiger Leistungen des AN mehrere

Durchführungstermine oder wiederholte Prüfungen, so trägt der AN sämtliche dem AG daraus entstehenden und nachgewiesenen Zusatzkosten.

§ 2 Änderungsverlangen des AG nach Auftragserteilung

(a) Der AG ist berechtigt, Änderungen der vereinbarten Leistungen zu verlangen. Der AN wird Änderungsverlangen des AG Rechnung tragen, es sei denn, er weist nach, dass ihm ein solches Änderungsverlangen im Rahmen seiner betrieblichen Leistungsfähigkeit unzumutbar ist.

(b) Falls die vom AG gewünschten Änderungen Auswirkungen auf das vertragliche Leistungsgefüge, insbesondere die Vergütungsregelung, haben, werden die Parteien unverzüglich eine Anpassung der vertraglichen Regelungen vornehmen. Unerhebliche Auswirkungen bleiben außer Betracht.

(c) Kommt eine Anpassung der vertraglichen Regelung nicht innerhalb von zehn (10) Tagen nach Zugang des Änderungsverlangens zustande, so wird die vereinbarte Leistung ohne Berücksichtigung des Änderungsverlangens weitergeführt.

§ 3 Rechte bei Mängeln

(a) Liegt ein Mangel des Werkes vor, kann der AG nach seiner Wahl Nacherfüllung durch Nachbesserung oder Neuherstellung verlangen. Die Nacherfüllung gilt als fehlgeschlagen, wenn zwei Nachbesserungsversuche erfolglos geblieben sind.

(b) Der AG ist bei Fehlschlagen der Nacherfüllung oder nach fruchtlosem Ablauf einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zur Mängelbeseitigung berechtigt,

die gesetzlichen Rechte geltend zu machen, insbesondere Rücktritt, Minderung und Schadensersatz.

(c) Im Fall der Mängelbeseitigung trägt der AN sämtliche zur Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten. Soweit dem AG infolge der mangelhaften Werkleistung Mehraufwendungen entstehen, sind diese vom AN zu ersetzen.

§ 4 Verjährung von Mängelansprüchen

Die Verjährungsfrist für Ansprüche des AG wegen Mängeln von Werkleistungen beträgt zwei (2) Jahre ab Abnahme. In Abweichung hierzu beträgt die Verjährungsfrist bei Bauwerken und Werken, deren Erfolg in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht, fünf Jahre ab Abnahme.

§ 5 Rechteübertragung bei werkvertraglicher Leistung

(a) Der AN überträgt dem AG an sämtlichen im Rahmen des Werkvertrags erbrachten und schutzfähigen Leistungsergebnissen – insbesondere Studien, Konzepten, Zeichnungen, Dokumentationen, Modellen, Berechnungen und vergleichbaren Werken – sämtliche ausschließlichen, unwiderruflichen, zeitlich, inhaltlich und räumlich unbeschränkten Rechte zur umfassenden Nutzung. Dies umfasst insbesondere das Recht zur Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung, öffentlichen Zugänglichmachung sowie das Recht zur Weitergabe an Dritte und zur Einräumung einfacher oder ausschließlicher Unterlizenzen.

(b) Die Rechteübertragung erfolgt automatisch mit der Erstellung des jeweiligen Leistungsergebnisses bzw. dem Erwerb der Rechte durch den AN, spätestens jedoch mit Abnahme. Der AG ist berechtigt, eine Eintragung in nationale oder internationale Schutzrechtsregister zu verlangen. Der AN verpflichtet sich, alle hierfür erforderlichen Erklärungen unverzüglich, unentgeltlich und ohne weitere Bedingungen abzugeben.

Teil D – Besondere Vorschriften für Dienstverträge

§ 1 Leistungsgegenstand und Durchführung

(a) Der AN erbringt Dienstleistungen im Sinne von § 611 BGB. Der konkrete Leistungsinhalt ergibt sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag bzw. der Bestellung des AG.

(b) Der AN unterliegt bei der Durchführung seiner Tätigkeit über die Vorgaben des vertraglich definierten Auftrags hinaus keinerlei Weisungen des AG hinsichtlich Ort, Zeit sowie Art und Weise der Erbringung der vertraglichen Leistung. Der AN erbringt die Dienstleistung eigenverantwortlich und mit eigenem wirtschaftlichem Risiko.

(c) Die Erbringung der Dienstleistung kann auftragsbedingt jedoch beispielsweise den Einsatz an einem bestimmten Ort oder zu einer bestimmten Zeit verlangen. Der AN ist frei, auch für andere Auftraggeber tätig zu sein.

(d) Es muss gewährleistet werden, dass die Annahme anderer Aufträge nicht im Interessenkonflikt zu dem jeweils vereinbarten Auftrag mit dem AG steht.

§ 2 Keine arbeitnehmerähnliche Stellung

(a) Der AN erklärt, dass er nicht regelmäßig und überwiegend nur für den AG tätig ist und dass er nach gegenwärtiger Planung mindestens 1/6 seines Jahresumsatzes mit anderen Auftraggebern neben dem AG erwirtschaftet.

(b) Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich zu informieren, falls in dieser Hinsicht eine Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse eintritt.

(c) Im Falle der Verletzung dieser Informationspflicht ist der AN verpflichtet, dem AG den daraus entstehenden

Schaden zu ersetzen, insbesondere etwaige Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer für die betreffenden Personen.

§ 3 Vergütung und Abrechnung

(a) Die Vergütung richtet sich nach dem jeweiligen Einzelvertrag. Es gelten die Regelungen in Teil A § 5 entsprechend.

(b) Der AN stellt dem AG über die erbrachten Leistungen eine ordnungsgemäße Rechnung. Eine Abrechnung erfolgt ausschließlich auf Basis der tatsächlich geleisteten Zeiten oder der vereinbarten Pauschale. Reisezeiten, Vor- und Nachbereitung sowie sonstiger sachlicher Aufwand sind nur erstattungsfähig, wenn sie im Einzelvertrag vorgesehen oder vom AG vorher genehmigt wurden.

(c) Der AN ist nicht berechtigt, Teilrechnungen oder Abschlagszahlungen zu verlangen, es sei denn, dies ist ausdrücklich vereinbart.

§ 4 Personaleinsatz / Subunternehmer

(a) Ohne Zustimmung des AG in Textform darf der AN keine Subunternehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen einsetzen. Sofern der AG dem Einsatz von Subunternehmern zustimmt, hat der AN sicherzustellen, dass der Subunternehmer sich ihm gegenüber zu diesen AEB identischen Konditionen verpflichtet.

(b) Der AN verpflichtet sich, dass er ausschließlich bei ihm oder seinem Erfüllungsgehilfen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Räumlichkeiten des AG zur Erfüllung seiner

Vertragspflichten einsetzt und, dass er die so eingesetzten Personen regelmäßig austauscht. Hierbei hat der AG keinen Einfluss auf die Auswahl der einzusetzenden Personen.

(c) Der AN setzt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bei der Erbringung der geschuldeten Leistung nur Mitarbeiter ein, die eine gültige Arbeitserlaubnis der Bundesrepublik Deutschland oder, soweit die Leistung nicht in Deutschland erbracht wird,

eine gültige Arbeitserlaubnis des jeweiligen Hersteller- bzw. Dienstleisterlands besitzen. Alle anfallenden Steuern und Sozialversicherungsabgaben werden vollständig und fristgerecht an die zuständigen Stellen vom AN abgeführt. Diese Verpflichtungen hat der AN vertraglich an Subunternehmer weiterzugeben.

(d) Der AN sichert die Einhaltung der Vorschriften zum Arbeitsschutz zu.

Teil E – Besondere Vorschriften für die Softwareentwicklung

§ 1 Vertragsgegenstand und Leistungsumfang

(a) Gegenstand dieses Abschnitts ist die Erstellung oder Anpassung (Customizing) von Software durch den AN. Der konkrete Leistungsumfang ergibt sich aus der jeweiligen Bestellung oder dem Einzelvertrag.

(b) Der AN schuldet die vollständige Entwicklung und Bereitstellung einer lauffähigen Software einschließlich Benutzer- und Systemdokumentation.

(c) Der AN verpflichtet sich, bei der Erbringung der Leistungen alle einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur IT- und Cybersicherheit einzuhalten, insbesondere die Anforderungen der NIS2-Richtlinie in ihrer nationalen Umsetzung, der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des IT-Sicherheitsgesetzes, des Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) sowie einschlägiger Normen (z. B. ISO/IEC 27001, BSI-Grundschutz).

(d) Der AN wird technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO sowie – soweit anwendbar – gemäß § 8a BSIG umsetzen und nachweisen.

(e) Soweit im Rahmen eines iterativen oder agilen Entwicklungsmodells gearbeitet wird, sind Teilleistungen regelmäßig dokumentiert, versionsbasiert zu übergeben und in vom AG definierter Form rückverfolgbar zu speichern.

§ 2 Abnahme und Mitwirkung

(a) Der AN zeigt dem AG die Fertigstellung der Software an. Der AG prüft die übergebene Software innerhalb einer angemessenen Frist. Die Abnahme erfolgt förmlich. Eine fiktive Abnahme ist ausgeschlossen.

(b) Der AN wirkt bei der Durchführung von Tests und der Beseitigung von Abnahmehindernissen unverzüglich mit.

§ 3 Überlassung des Quellcodes

(a) Der AN ist verpflichtet, neben der ablauffähigen Software auch den zugehörigen Quellcode zu überlassen. Zum Quellcode zählt nicht nur der reine Programmcode, sondern auch eine diesen beschreibende und erläuternde Dokumentation, deren Mindestumfang so zu bemessen ist, dass nach

angemessener Einarbeitungszeit ein Verständnis des Aufbaus und der Arbeitsweise der Software ermöglicht wird.

(b) Die Übergabe hat in einem offenen, portablen und editierbaren Format auf einem geeigneten Datenträger oder über ein vom AG benanntes Repository (z. B. GitHub, Bitbucket, GitLab) zu erfolgen. Der AG kann bestimmen, dass die laufende Entwicklung ausschließlich in einem von ihm verwalteten Repository erfolgt.

§ 4 Rechteübertragung

(a) Der AN überträgt dem AG mit Erstellung der Software die ausschließlichen, unwiderruflichen, zeitlich, inhaltlich und räumlich unbeschränkten Nutzungs- und Verwertungsrechte an der entwickelten Software sowie an sämtlichen im Rahmen des Vertragsverhältnisses entstandenen Leistungsergebnissen, insbesondere Benutzerdokumentationen, Schnittstellenbeschreibungen, Spezifikationen und Testdokumenten.

(b) Eingeschlossen ist insbesondere das Recht, die Software in beliebiger Form zu vervielfältigen, zu bearbeiten, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und mit anderen Systemen zu verbinden.

(c) Die Rechteübertragung erfolgt automatisch mit Entstehung des jeweiligen Leistungsergebnisses, unabhängig von dessen Abnahme. Der AG ist berechtigt, die übertragenen Rechte auf Dritte zu übertragen oder einfache bzw. ausschließliche Unterlizenzen zu erteilen. Ein Nutzungsrecht des AN ist ausgeschlossen.

(d) Der AN stellt sicher, dass Urheberpersönlichkeitsrechte nicht geltend gemacht werden. Soweit zulässig, verzichtet der AN ausdrücklich auf entsprechende Rechte.

(e) Der AG ist berechtigt, die Rechtsübertragung, soweit erforderlich und rechtlich möglich, im jeweiligen Register eintragen zu lassen. Der AN verpflichtet sich, alle hierfür erforderlichen Erklärungen und Handlungen unverzüglich und unentgeltlich vorzunehmen.

§ 5 Open-Source-Komponenten

(a) Der AN ist verpflichtet, bei Verwendung von Open-Source-Komponenten den AG vorab zu informieren und die genaue Lizenzform zu benennen.

(b) Der Einsatz von Open-Source-Software ist nur zulässig, wenn dadurch keine Einschränkungen für den AG hinsichtlich der vertragsgemäßen Nutzung, Bearbeitung oder Weiterverwertung entstehen.

(c) Der AN haftet für sämtliche Schäden, die dem AG durch nicht angezeigte oder lizenzwidrig eingebundene Open-Source-Software entstehen.

§ 6 Mängelrechte und Nachbesserung

(a) Der AN gewährleistet, dass die gelieferte oder entwickelte Software einschließlich der Benutzerdokumentation zum Zeitpunkt der Abnahme bzw. Bereitstellung frei von Sach- und Rechtsmängeln ist, die ihre vertragsgemäße Nutzung einschränken oder ausschließen.

(b) Im Falle eines Mangels kann der AG nach seiner Wahl Nachbesserung oder Neulieferung verlangen. Die Nachbesserung gilt als fehlgeschlagen, wenn zwei

Nachbesserungsversuche erfolglos geblieben sind oder der AN die Nachbesserung unberechtigt verweigert.

(c) Ist eine Nachbesserung oder Neulieferung fehlgeschlagen oder wird sie vom AN verweigert, kann der AG die gesetzlichen Rechte geltend machen, insbesondere Minderung, Rücktritt und Schadensersatz.

(d) Der AN trägt sämtliche zur Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie Kosten für Prüf- und Wiederholungsaufwände beim AG.

(e) Die Verjährungsfrist für Ansprüche des AG wegen Mängeln beträgt zwei (2) Jahre ab Abnahme der Software. Handelt es sich um Software zur Steuerung oder Überwachung baulicher Anlagen oder um Software zur Integration in ein Bauwerk, so beträgt die Verjährungsfrist fünf (5) Jahre ab Abnahme.

(f) Weitergehende Rechte des AG aus diesen AEB sowie gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

Teil F – Besondere Vorschriften zur Softwarelizenzierung

§ 1 Vertragsgegenstand und Lizenzumfang

(a) Gegenstand dieses Abschnitts ist die entgeltliche oder unentgeltliche Einräumung von Nutzungsrechten an Software durch den AN an den AG.

(b) Der AN räumt dem AG mit Bereitstellung der Software das einfache, nicht-exklusive, nicht übertragbare, jedoch auf Dritte unterlizenzierbare Nutzungsrecht zur vertragsgemäßen Nutzung der Software in dem vertraglich vereinbarten Umfang ein. Soweit nicht anders vereinbart, umfasst das Nutzungsrecht auch die dauerhafte Speicherung, Vervielfältigung, das Laden und Ablaufenlassen der Software auf beliebigen Systemen des AG.

(c) Ist die Nutzung der Software auf eine bestimmte Nutzeranzahl, Hardware, geografische Region oder Nutzungsart beschränkt, so ist dies ausdrücklich und abschließend im Vertrag zu regeln.

§ 1a Nutzung cloudbasierter Software (SaaS)

(a) Soweit die Software dem AG im Wege des Software-as-a-Service (SaaS) zur Verfügung gestellt wird, erfolgt der Zugriff über eine vom AN betriebene oder beauftragte Cloud-Plattform. Die Software wird nicht lokal installiert.

(b) Der AN stellt den Zugang zur Software mit einer Verfügbarkeit von mindestens 99,98 % im Monatsmittel bereit, ausgenommen angekündigte Wartungsfenster. Wartungsfenster sind dem AG abzustimmen.

(c) Der AN verpflichtet sich, bei der Erbringung der Leistungen alle einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur IT- und Cybersicherheit einzuhalten, insbesondere die Anforderungen der NIS2-Richtlinie in ihrer nationalen Umsetzung, der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des IT-Sicherheitsgesetzes, des Barrierefreiheitsstärkungsgesetz (BFSG) sowie einschlägiger Normen (z. B. ISO/IEC 27001, BSI-Grundschrift).

(d) Nach Vertragsbeendigung hat der AN dem AG alle in der Software gespeicherten Daten innerhalb einer Frist von 14 Tagen in einem gängigen maschinenlesbaren Format zur Verfügung zu stellen und anschließend vollständig zu löschen, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen.

§ 1b Nutzung der Software mit bereitgestellter Hardware

(a) Wird die Software ausschließlich in Verbindung mit vom AN gelieferter Hardware bereitgestellt, ist das Nutzungsrecht auf den Betrieb mit dieser Hardware beschränkt.

(b) Eine Weiterverwendung auf anderer oder ausgetauschter Hardware ist zulässig.

(c) Der AN bleibt für notwendige Updates, Sicherheits-Patches und die Einhaltung der zugesicherten Funktionalität der Software innerhalb des Systems verantwortlich.

(d) Der AG ist berechtigt, im Fall eines Hardwareaustauschs ein Ersatzgerät unter Beibehaltung

der Lizenz nutzen zu lassen. Der AN darf die Lizenz in diesem Fall nicht ohne sachlichen Grund verweigern.

§ 2 Bereitstellung und Installationspflicht

(a) Der AN stellt dem AG die Software in maschinenlesbarer Form (Object Code) auf einem geeigneten Datenträger oder per elektronischem Download bereit.

(b) Soweit vereinbart, übernimmt der AN die Installation und Inbetriebnahme der Software auf den Systemen des AG. Der AG stellt die hierfür erforderliche Systemumgebung bereit.

§ 3 Dokumentation

(a) Der AN überlässt dem AG mit der Software eine vollständige und verständliche Benutzerdokumentation in elektronischer Form in englischer Sprache.

(b) Die Dokumentation muss die Installation, Konfiguration und Nutzung der Software nachvollziehbar erläutern. Ohne diese Dokumentation gilt die Software als nicht vollständig geliefert.

§ 4 Updates, Upgrades und Wartung

(a) Soweit vertraglich nicht anders vereinbart, stellt der AN dem AG während der vereinbarten Laufzeit Updates, insbesondere sicherheitsrelevante, kostenlos zur Verfügung.

(b) Einzelheiten zur Fehlerbeseitigung, Reaktionszeiten und Verfügbarkeit werden in einem gesonderten Service Level Agreement (SLA) geregelt.

§ 5 Lizenzrechtliche Zusicherungen

(a) Der AN sichert zu, dass die Software frei von Rechten Dritter ist, die der vertragsgemäßen Nutzung durch den AG entgegenstehen.

(b) Der AN stellt sicher, dass durch die Nutzung der Software durch den AG keine Verpflichtung zur Offenlegung oder Freigabe von eigener oder vom AG eingesetzter Software entsteht (z.B. durch sog. „Copyleft“-Lizenzen). Die Verwendung entsprechender Open-Source-Komponenten ist nur mit vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des AG zulässig.

(c) Der AN verpflichtet sich, den AG auf erstes Anfordern von sämtlichen Ansprüchen Dritter freizustellen, die auf einer Verletzung von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten durch die vertragsgemäße Nutzung der Software beruhen.

§ 6 Mängelrechte

(a) Der AN gewährleistet, dass die Software im Zeitpunkt der Bereitstellung frei von Sach- und Rechtsmängeln ist, die ihre vertragsgemäße Nutzung beeinträchtigen.

(b) Im Falle eines Mangels kann der AG nach seiner Wahl Nachbesserung oder Ersatzlieferung verlangen. Die Nachbesserung gilt als fehlgeschlagen, wenn zwei Versuche erfolglos geblieben sind.

(c) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt zwölf Monate ab Bereitstellung der Software.

(d) Die gesetzlichen Rechte auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz bleiben unberührt.

§ 7 Laufzeit und Beendigung

(a) Soweit eine befristete Lizenz eingeräumt wird, endet das Nutzungsrecht automatisch mit Ablauf der vereinbarten Laufzeit. Eine Verlängerung bedarf einer Vereinbarung.

(b) Im Falle der Beendigung des Vertrags hat der AG die Software zu deinstallieren und alle Kopien zu löschen, soweit kein dauerhaftes Nutzungsrecht eingeräumt wurde.

§ 8 Technisch verbliebener, inaktiver Lizenz-Code nach Lizenzablauf

(a) Soweit die lizenzierte Software oder Teile hiervon Bestandteil einer übergeordneten Software oder Systemarchitektur des AG sind und die Entfernung des Lizenz-Codes technisch nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist, räumt der AN dem AG ein dauerhaftes, nicht-exklusives, unwiderrufliches Recht ein, den technisch verbliebenen, inaktiven Lizenz-Code in der Software zu belassen und zum Zwecke der Systemintegrität zu vervielfältigen.

(b) Dieses Recht umfasst ausschließlich die passive Einbindung in bestehende Softwarebestandteile und begründet keine weitere Nutzung im Sinne des Betriebs oder der aktiven Funktionsausführung der lizenzierten Software.

(c) Der AN verzichtet auf jegliche Ansprüche auf Unterlassung, Entfernung oder Vergütung, sofern der technisch verbliebene Lizenz-Code inaktiv bleibt und nicht mehr zur aktiven Nutzung eingesetzt wird.

§ 9 Technisch bedingte Nachlaufeffekte nach Lizenzablauf

(a) Der AN erkennt an, dass nach Beendigung des Nutzungsrechts technisch bedingt weiterhin automatisierte Anfragen von Drittclients an Komponenten der lizenzierten Software erfolgen können, ohne dass der AG diese initiiert oder kontrolliert.

(b) Solche Anfragen begründen weder eine vertragswidrige Nutzung noch eine konkludente Verlängerung des Lizenzvertrags noch einen Anspruch auf zusätzliche Vergütung oder Schadensersatz.

(c) Der AN verzichtet insoweit auf sämtliche Ansprüche gegenüber dem AG, sofern der AG keine aktive Weiternutzung oder Veranlassung dieser Anfragen vornimmt.

General Terms and Conditions of Purchase (GTCP) of the Sky Deutschland Group

As of December 2025

Priority between the General and Special Sections

The General Provisions (Part A) apply to all contracts in accordance with § 1. In addition, the special provisions in Parts B to F apply where relevant. In the event of any conflict between the General Part and a Special Part, the provisions of the respective Special Part shall take precedence.

Part A: General Provisions

§ 1 General

(a) The following General Provisions (Part A) apply to all contracts for the purchase of goods, the procurement of services or work, or the development or licensing of software by Sky Deutschland GmbH or another company of the Sky Deutschland Group as the client (hereinafter referred to as "Client") with the contractor (hereinafter referred to as "Contractor"). The companies of the Sky Deutschland Group are affiliated companies within the meaning of Sections 15 et seq. of the German Stock Corporation Act (AktG), in particular the following at present:

- Sky Deutschland GmbH
- Sky Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG
- Sky Media GmbH
- Sky Deutschland Service Center GmbH
- SKY Deutschland Interaction Center I GmbH
- SKY Deutschland Interaction Center II GmbH
- Sky Austria Television GmbH
- Sky Austria Administration GmbH
- Sky Switzerland SA
- NBC UNIVERSAL Global Networks Deutschland GmbH

(b) Unless individual deviations are agreed in specific cases, these GTC shall apply exclusively. Any deviating terms and conditions of the Contractor shall not apply unless the Client expressly acknowledges them prior to the provision of services. These GTC shall also apply if the Client accepts deliveries or services from the Contractor without reservation in the knowledge that the Contractor's terms and conditions conflict with or deviate from the GTC.

(c) The statutory provisions shall apply unless otherwise stipulated in these GTC or other contractual provisions of the parties.

(d) If the Contractor requires access to the Client's IT systems, it is obliged to authenticate itself via a multi-factor authentication application specified by the Client.

The application must be installed on its own suitable devices.

(e) The parties represent and warrant that neither they themselves nor any of their subsidiaries, shareholders, directors, officers, executives, employees, temporary workers, contractors, subcontractors, or other representatives ("Affiliated Persons") violate any anti-financial crime laws to which either party is subject or cause the other party to violate such laws, including, but not limited to, the U.K. Bribery Act 2010, U.S. Foreign Corrupt Practices Act 1977, Proceeds of Crime Act 2002, Criminal Finances Act 2017, Economic Crime and Corporate Transparency Act 2023, all sanctions or export control regulations of the United Kingdom, the European Union, or the United States, insofar as they are enforceable under Council Regulation (EC) No. 2271/96, the European Blocking Statute, and § 7 AWW (Foreign Trade and Payments Regulation), criminal offenses against financial crime under the Irish Criminal Justice (Corruption Offences) Act 2018, Italian Decree 231 or the German Criminal Code, as well as any updates, amendments and/or implementing measures thereto (collectively, the "Anti-Financial Crime Laws"). In the event that compliance with any provision of this Agreement would result in a conflict with any law, regulation, or sanction that is legally applicable to either party, the parties shall cooperate in good faith to find a workable solution that allows for compliance to the extent possible without violating applicable legal requirements.

If a party breaches this clause or the continued performance of the Agreement causes a breach of any anti-financial crime law (i) The parties shall cooperate fully with each other in reviewing and, if possible, remedying the breach. (ii) the respective party may terminate this agreement with immediate effect by notifying the other party, without any liability to the other party; and (iii) the respective party shall fully indemnify the other party against all liabilities arising out of or in connection with this agreement or arising out of or in connection with a breach of this clause.

§ 2 Independence of the Contractor

(a) In performing its activities beyond the specifications of the contractually defined order, the Contractor shall not be subject to any instructions from the Client regarding the place, time, and manner of performance of the contractual service. The Contractor shall perform the order on its own responsibility and at its own economic

risk. However, depending on the order, the performance of the service may require, for example, deployment at a specific location or at a specific time. The Contractor is free to work for other clients.

(b) It must be ensured that the acceptance of other orders does not conflict with the interests of the order referred to in § 1. The Contractor declares that it does not work regularly and predominantly for the Client and that, according to current planning, it generates at least 1/6 of its annual turnover with other clients besides Sky. The Contractor is obliged to inform the Client immediately if there is a change in the actual circumstances in this regard.

§ 3 Human rights and the environment

(a) As detailed in the following sections, the Client and Contractor shall work together to prevent, end, and mitigate potential and actual adverse impacts of the Contractor's activities and those of companies in its supply chains on human rights and the environment.

(b) The Contractor shall implement due diligence processes appropriate to its size and circumstances to identify, prevent, end, mitigate, and account for the above-mentioned impacts, in accordance with:

- the 2011 United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights in conjunction with the 2022 ILO Declaration on Fundamental Principles and Rights at Work,
- the 2018 OECD Due Diligence Guidance for Responsible Business Conduct,
- the Minamata Convention on Mercury,
- the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants, and
- the Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and Their Disposal.

(together referred to as the "Fundamental Obligations / FO").

(c) The Contractor must provide or disclose to the Client as soon as possible all information relevant to the due diligence processes. This includes, in particular, (i) any potential or actual breach of the aforementioned obligations by itself or a company in its supply chain, and (ii) any change in training or measures that could affect its ability to comply with these obligations.

(d) The Contractor undertakes to obtain assurances from its suppliers that they also implement a reasonable risk-based strategy to prevent violations of the FO.

(e) The Contractor shall grant the Client or its representatives, upon request and at the Client's expense, comprehensive powers to monitor FO-related matters on site at any production facility within the supply chain.

(f) If a violation of an FO has already occurred or is imminent, the Contractor must take appropriate remedial measures. In the event of serious violations that cannot be remedied within a reasonable period of time, the Client shall be entitled to terminate the contract. The same shall apply if monitoring rights are impeded.

§ 4 Conclusion of contract, declarations, and changes to services

(a) All declarations (consents, confirmations, approvals, acceptances, etc.) and agreements arising from and in connection with contracts pursuant to § 1 must be made in writing or text form. The written or text form is ensured in particular by transmission by letter, fax, e-procurement system, e-mail, and DocuSign.

(b) Orders become binding for the Contractor if the Contractor does not object to them immediately after receipt.

(c) Insofar as the Contractor is obliged to provide services and work (e.g., the creation of software), the Client is entitled to request changes to the agreed services at any time. The Contractor shall take the Client's change requests into account unless it can prove that such a change request is unreasonable within the scope of its operational capacity. If the changes requested by the Client have an impact on the contractual service structure, in particular the remuneration provisions, the parties shall immediately adjust the contractual provisions. Insignificant effects shall not be taken into account. If an adjustment to the contractual provision is not made within 10 days of receipt of the change request, the agreed service shall be continued without taking the change request into account.

§ 5 Indemnification against third-party claims

(a) If the Client is held liable by a third party for the allegation that the service provided by the Contractor infringes the rights of third parties (in particular industrial property rights), the Contractor shall be obliged to indemnify the Client against these claims, insofar and as long as the claims are based on a breach of duty for which the Contractor is responsible. The indemnification shall also include the costs necessarily and demonstrably incurred by the Client in connection with the defense against such claims (in particular reasonable legal defense costs). The Client shall be obliged to inform the Contractor immediately in writing of any claims by third parties and to enable the Contractor to take sole charge of the defense. The Client may not make any statements to the third party or enter into any agreements without the prior written consent of the Contractor.

(b) Statutory rights in respect of defects and further claims of the Client shall remain unaffected.

§ 6 Subcontractors, personnel, social security contributions

(a) The Contractor may not use subcontractors to fulfill its contractual obligations without the Client's written consent. If the Client agrees to the use of subcontractors,

Convenience translation for information only ! The German language version takes precedent !

the Contractor shall ensure that the subcontractor undertakes to comply with these GTC on identical terms.

(b) The Contractor undertakes to use only employees subject to social security contributions employed by it or its vicarious agents on the Client's premises to fulfill its contractual obligations and to regularly replace the persons thus employed. The Client has no influence on the selection of the persons to be employed.

(c) In accordance with the statutory provisions, the Contractor shall only use employees who have a valid work permit for the Federal Republic of Germany or, if the service is not provided in Germany, a valid work permit for the respective country of manufacture or service provider when performing the service owed. All applicable taxes and social security contributions shall be paid in full and on time to the relevant authorities by the Contractor. The Contractor shall pass on these obligations to subcontractors by contract.

(d) The Contractor shall ensure compliance with occupational health and safety regulations.

§ 7 Place of performance

Unless otherwise specified in the contract, the place of performance shall be the registered office of the Client.

§ 8 Remuneration

(a) The agreed remuneration covers all ancillary services; in particular, the agreed prices include all freight, transport, insurance, and packaging costs incurred. Costs for the use of electronic systems (such as the Ariba purchasing system) shall be borne by the Contractor itself. The remuneration is in euros and does not include statutory sales tax, which shall be shown separately.

(b) Only the work actually performed shall be remunerated. The Contractor shall pay any taxes and social security contributions incurred on the basis of its fee itself. This fee covers all activities of the Contractor, in particular preparatory and follow-up work as well as travel time, including any material expenses incurred. The Client shall only be obliged to reimburse further expenses and other costs if this has been approved in advance by the Client. In any case, approved expenses and costs shall only be reimbursed upon presentation of receipts in accordance with tax regulations.

(c) If the Contractor changes its prices or terms and conditions in the period between the order and the provision of services or delivery, the Client may choose whether it wishes to base the contract on the prices and terms and conditions valid on the day of service provision or delivery.

(d) The payment period shall commence after delivery or performance of the services and upon receipt of the proper invoice by the Client. Payment shall be made subject to acceptance of performance in accordance with the contract. The payment period shall be 30 days. The timeliness of payments shall be determined by the date

of the transfer order or, if another usual method of payment is chosen, by the date of deposit.

§ 9 Terms of payment

(a) Invoicing

(aa) The Contractor undertakes to issue invoices for the services performed in accordance with the legal requirements of the applicable sales tax law.

(bb) In particular, the following information must be included in the invoices:

- Name, address, and VAT identification number of the recipient of the services
- Name, address, and tax number or VAT identification number of the Contractor
- Type and scope of the service (alternatively, reference to supplementary documents, e.g., contract
- Date of service (e.g., month)
- Date of issue of the invoice
- Consecutive invoice number
- Ten-digit internal order number of the Client
- Net amount for the service, broken down into taxable amounts – separated by tax rates – and tax-exempt amounts
- The tax amount attributable to the net amount must be shown separately
- Reference to the reason for tax exemption (e.g., foreign delivery)
- Additional information for foreign service providers

(cc) For small invoices (up to EUR 250), only points a) bb) indents 2, 3, 5 and must contain the gross amounts broken down by tax rates.

(b) Invoices must be sent by email to PDF.Rechnungen@sky.de and may not be enclosed with the delivery. Proper invoices must contain the information required by law. Sales tax must be shown separately.

(c) The Contractor may not demand partial payments or discounts from the Client.

§ 10 Taxes and duties

(a) Each party is responsible for its own tax liabilities in its respective jurisdiction, and all amounts payable under this Agreement shall be paid without any deduction, except for withholding taxes or similar taxes (if applicable). If the Client is obliged under German or foreign law or for other legal reasons to withhold and pay taxes for the Contractor, the Client is entitled to withhold the taxes (excluding sales tax under the reverse charge procedure) from the remuneration payment and pay them to the respective tax authority on behalf of the Contractor. The Supplier undertakes to indemnify the Client in this

respect and to repay any amounts already received in this regard to the Client within 20 days of receiving a request to do so from the Client. After paying these taxes to the competent tax authority, the Client shall issue the Contractor with a corresponding tax certificate, which enables the Contractor to claim any tax credit from the tax withheld. However, the Client shall refrain from deducting tax if a valid (partial) exemption certificate is presented by the Contractor prior to payment of the remuneration. To the extent necessary and reasonable, the Client shall assist the Contractor in applying for a corresponding exemption certificate.

Under German law, the Contractor is obliged to inform the competent tax office and the Client immediately if the conditions on which the competent tax office based its decision to issue the exemption certificate have changed during the period of validity of the exemption certificate, in particular one of the following conditions:

- the Contractor's residence status within the meaning of the relevant double taxation agreement,
- The employee's right of disposal over the remuneration payment,
- Amendment of the contract with regard to the rights granted and the economic entitlement of the Contractor to the remuneration payment

b) If one of the aforementioned conditions has changed and the exemption certificate previously submitted by the Contractor is invalid from the date on which the change takes effect, and if the Client is required to withhold and pay withholding tax for the Contractor under German law, the Client is entitled to withhold this withholding tax from the next remuneration payment and pay it to the competent tax office on behalf of the Contractor, unless the Contractor submits a new exemption certificate based on the changed conditions, confirming that a reduced or no withholding tax rate applies. The Contractor undertakes to indemnify the Client in this regard and to repay any remuneration already received within 20 days of receiving a request to do so from the Client.

§ 11 Confidentiality and data protection

(a) The Contractor shall treat all agreed terms and conditions as confidential. Any reference to the business relationship for reference or advertising purposes by the Contractor, as well as any use of the Client's logos, is not permitted without the prior consent of the Client.

(b) The Contractor is obliged to keep confidential the content of the contract and all information of the Client that is expressly designated as confidential or is to be regarded as confidential under the circumstances, as well as all documents and objects handed over to it (hereinafter referred to as "confidential information"). This obligation shall remain in force even after the termination of the contractual relationship.

(c) The above confidentiality agreement does not apply to information

(i) which were already known to the Contractor prior to disclosure by the Client,

(ii) that was transmitted by a third party without any obligation of confidentiality,

(iii) that was developed by the Contractor independently of the contract and without the aid of confidential information,

(iv) was or becomes publicly known without unauthorized disclosure by the Contractor, or

(v) whose disclosure is ordered by a court, other government authority, or otherwise required by law.

(d) The Contractor undertakes to comply with all provisions of the applicable data protection law, in particular the General Data Protection Regulation (GDPR) and the Federal Data Protection Act (BDSG).

(e) If and to the extent that the Contractor processes personal data on behalf of the Client in the course of providing services, the Contractor shall conclude a data processing agreement with the Client prior to the commencement of processing that complies with the requirements of Art. 28 GDPR.

(f) The Contractor guarantees that all persons entrusted with data processing have been bound to confidentiality and that appropriate technical and organizational measures have been taken to ensure a level of protection appropriate to the risk to the rights and freedoms of the data subjects resulting from the data processing.

(g) In the event of a breach of statutory data protection provisions within the framework of the contractual relationship between the Contractor and the Client or any other breach of agreed confidentiality or data protection obligations by the Contractor, the payment of a contractual penalty shall be agreed, the amount of which shall be determined by the Client at its reasonable discretion and the appropriateness of which shall be reviewable by the competent court in the event of a dispute. Irrespective of the payment of the contractual penalty, the Client shall be entitled to claim further damages.

(h) The Contractor hereby indemnifies the Client and its affiliated companies against all imminent or actual damages incurred by the Client and its affiliated companies in connection with the Contractor's breach of the data processing agreement or Part A § 10 of this agreement.

Section 12 Use of Artificial Intelligence

(a) The Contractor may not use artificial intelligence (including generative AI) in the performance of the contractually owed services or integrate it into the service results if such use has a direct influence on the type, content, or quality of the main contractual service, unless the Client has expressly agreed to this in advance.

Convenience translation for information only ! The German language version takes precedent !

(b) In particular, no use requiring consent shall be deemed to exist if the Contractor uses generative or other AI exclusively for internal support, such as for research, word processing, scheduling, or formatting, provided that this does not result in the content design, evaluation, or decision of the result of the main contractual service being generated exclusively by the AI.

(c) If the Client approves the use of AI requiring approval in accordance with paragraph (a), the Contractor undertakes to

- inform the Client comprehensively about the intended use cases and the technology used;
- actively participate in the performance of a risk analysis at the request of the Client;
- provide information on request about the technologies used, their terms of use, and any risk insurance.

(d) In cases of approved AI use, the Contractor guarantees

- compliance with all applicable contractual confidentiality obligations, legal requirements, professional (e.g., attorney-client privilege) or ethical standards, and, where applicable, relevant third-party provider terms and conditions;
- that all content generated by AI has been checked for completeness and accuracy by natural persons before being handed over to the client, unless the client expressly waives such a check;
- that the quality of the service results meets at least the standard that would be expected without the use of AI;
- that the use of AI does not give rise to any third-party rights to the service results and that existing guarantees of the Contractor remain unaffected.

(e) Even if the use of AI is approved, the Contractor remains fully responsible for the contractual provision of services. The use of AI must be documented by the Contractor in a comprehensible manner; the Client must be granted access to the documentation upon request.

(f) The Client's data may not be used directly or indirectly—even in anonymized or aggregated form—for the training, fine-tuning, or further development of AI models.

§ 13 Right of audit

(a) The Client shall have the right to an audit in accordance with the following provisions if it has a legitimate interest and an audit is necessary to verify the proper performance of services. In the event of an audit, the Client or its representatives shall have the right to

inspect the Contractor's premises and to view, audit, and make copies of the Contractor's records, insofar as these records are suitable for verifying the contractual performance of services and no third-party rights prevent such inspection. The inspection shall be carried out to a reasonable extent, at the usual location, and during normal business hours. The Contractor shall cooperate fully and immediately with any inspection or audit by or on behalf of the Client, including providing complete and accurate answers to questions and making available any requested documents.

(b) The Client is entitled to conduct an audit with 2 days' notice. The Contractor shall immediately provide the Client's employees with the necessary support services and appropriate premises free of charge for as long as this is necessary to carry out an audit. If the Contractor processes personal data, audits may be carried out without prior notice.

(c) The Client may conduct audits at any time up to 6 years after the end of the calendar year following the termination of this contract.

(d) The Client shall bear the costs of an audit unless the audit reveals that the Contractor has committed a material breach of its contractual obligations. In this case, the Contractor shall bear all reasonable fees or reimburse the Client for such fees. If it transpires that the Client has made overpayments, these overpayments shall be refunded immediately with interest.

(e) This clause does not apply to audits conducted under a data protection agreement and does not affect the Client's rights to claim separate damages for breach of contract.

§ 14 Force Majeure

(a) Events of force majeure and all other unforeseeable, unavoidable, and non-culpable events (e.g., natural disasters, epidemic infectious diseases, war, riots, or their consequences, strikes) shall release the contracting parties from their respective performance obligations for the duration of the disruption caused by such an event.

(b) If an event as described in paragraph 1 occurs, the affected party shall notify the other party of the occurrence of such an event and its consequences for the performance obligations. This notification must be made immediately, at the latest within 14 days after the affected party has become aware of the event as described in paragraph 1 or should have become aware of it. If the notification is made after the 14-day period, the affected party shall only be released from the performance of the prevented obligations from the time at which this notification is received by the other party.

(c) Both parties are obliged to take all reasonable measures to fulfill the contract or to mitigate damages. If the aforementioned disruptions are not only temporary or if more than two months have passed since the agreed date of performance, the contracting parties are each entitled to declare their withdrawal or to terminate the

continuing obligation within two months. In this case, there shall be no liability or obligation towards the Contractor to purchase raw materials, unfinished or finished goods or services.

§ 15 Transfer of rights and obligations

Unless otherwise stipulated, the contracting parties are not entitled to transfer rights and obligations arising from the contractual relationship, including claims for remuneration and damages, to third parties without the consent of the other party. In the event of a transfer of rights and obligations to affiliated companies within the meaning of § 15 AktG (German Stock Corporation Act), the consent of the Contractor shall be deemed to have been given in any case.

§ 16 Equal treatment in the event of a takeover of the group

(a) If the Client is directly or indirectly acquired by another company (hereinafter referred to as the "acquirer") within the meaning of Sections 15 et seq. AktG and the Contractor already has a contractual relationship with this acquirer concerning identical or similar services, the Contractor undertakes to grant the Client, from the time of the takeover, at least the more economically favorable conditions (in particular prices, discounts, payment terms,

or other price components) that it grants to the acquirer under comparable circumstances.

(b) This provision shall not apply if the Contractor proves that the terms and conditions granted to the acquirer are based on circumstances that do not exist in relation to the Client or cannot be reasonably created.

§ 17 Place of jurisdiction and applicable law

(a) This contract replaces all previous written or oral agreements between the parties relating to the same subject matter.

(b) Should any provision of this contract be or become invalid or unenforceable, the remaining provisions of this contract shall remain unaffected.

(c) All legal relationships between the parties shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany. The UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) and any other intergovernmental agreements shall not apply.

(d) The place of jurisdiction for all disputes between the parties shall be the Regional Court of Munich I. Statutory provisions on exclusive jurisdiction shall remain unaffected.

Part B – Special provisions for the purchase of goods

§ 1 Delivery, Packaging, Transfer of Risk

(a) The goods shall be packaged in a commercially standard and appropriate manner. Transport packaging shall be taken back by the Contractor at its own expense.

(b) All deliveries must be accompanied by a delivery note in duplicate. The delivery note must contain all the Client's order data (in particular the order number, item number, order and delivery quantity, and individual and total price) and must describe the delivery item precisely in terms of type and scope. If any information is missing, the Client shall not be responsible for any resulting delay in processing.

(c) Until the delivery has been fully accepted by the Client at the place of performance, the Contractor shall bear the risk of loss, accidental destruction, or damage to the goods. This shall also apply if, in individual cases, shipment at the Client's expense has been agreed or if the Client takes out transport insurance itself.

(d) Early deliveries require the prior consent of the Client. Agreed payment dates shall remain unaffected by this.

(e) Partial deliveries are only permitted with the prior consent of the Client. If an unauthorized partial delivery is made, the Client is entitled to refuse acceptance or to arrange for the goods to be returned at the Contractor's expense.

§ 2 Delivery dates and delay

(a) If the Client and Contractor agree on a delivery date and the Client has a recognizable special interest in timely delivery, such dates shall be binding and fixed dates within the meaning of § 376 HGB (German Commercial Code). The Contractor shall be in default without further notice of default if it fails to meet such dates.

(b) The Contractor shall compensate the Client for any damage incurred by the Client as a result of the Contractor's failure to meet deadlines.

(c) The Contractor shall immediately notify the Client of any anticipated delays in connection with the delivery, stating the reasons and the expected duration of the delay. The provision in paragraph (a) remains unaffected by this.

(d) The unconditional acceptance of a delayed delivery does not constitute a waiver of any claims for compensation to which the Client is entitled.

§ 3 Contractual penalty

If the Contractor fails to deliver within ten (10) calendar days of the agreed date, it shall pay a sum of money amounting to 0.2% of the agreed remuneration for the delivery (contractual penalty) for each additional calendar day of delay, up to a maximum of 5% of the remuneration. The assertion of further damages caused by delay remains unaffected by this. In the event that the Client

asserts a claim for damages caused by delay, the contractual penalty shall be offset against the damages caused by delay. A reservation upon acceptance of the delivery does not have to be declared.

§ 4 Transfer of ownership

Ownership of the goods shall pass to the Client upon delivery. The Contractor's retention of title is expressly rejected.

§ 5 Obligation to give notice of defects and rights in respect of defects

(a) Obvious defects must be reported to the Contractor by the Client within two weeks of delivery of the goods, and hidden defects within two weeks of their discovery, in a comprehensible manner.

(b) If a delivered item is defective, the Client may, at its discretion, request the Contractor to repair or replace it. The repair shall be deemed to have failed if the second attempt at repair is unsuccessful. In the event of a replacement delivery, the Contractor must replace the defective item without delay. The replacement delivery shall be deemed to have failed if the replacement item is also defective.

(c) The Client may refuse to accept defective goods. The Contractor shall reimburse any additional expenses incurred in testing and returning defective goods.

(d) The limitation period for claims by the Client due to defects in delivered goods is two years.

§ 6 Serial defects

(a) Serial defects are defects in which materials, components, subsystems, or systems exhibit a defect frequency that is significantly outside the normally expected values or the values specified by the Contractor. A serial defect is deemed to exist in particular if the number of rejected contractual items exceeds 1% of the respective delivery quantity and the delivery quantity comprises at least five hundred (500) items.

(b) In this case, the Contractor shall, at the Client's discretion, either submit an action plan for rectifying the defect and implement it at its own expense, or replace all contractual items in this series if it is unreasonable for the Client to separate the individual contractual items affected.

(c) The Client is also entitled to recall the affected contractual items. This also applies if they have been installed in other products of the Client. In this case, the Contractor shall reimburse all costs and expenses for the recall upon first request.

(d) The Client may assert the rights under this § 6 within the warranty period. The statutory warranty rights and other rights under these GTCP remain unaffected.

§ 7 Product liability and insurance

(a) If a third party makes a claim against the Client with reference to a material or legal defect in goods delivered by the Contractor, the Contractor shall be obliged to indemnify the Client against these claims upon first request. The Contractor's obligation to indemnify also applies to all expenses necessarily incurred by the Client as a result of or in connection with the claim by a third party due to a defect. The Client is not entitled to enter into any agreements with the third party on the basis of the claim made, in particular to conclude a settlement, without the Contractor's consent.

(b) The Contractor shall indemnify the Client upon first request against claims for damages by third parties in relation to delivered goods under the Product Liability Act or a comparable foreign regulation, insofar as the cause of the damage lies within its sphere of control and organization. The Contractor shall maintain liability insurance for personal injury, property damage, and financial loss in an appropriate amount, including for product liability cases. At the request of the Client, the Contractor shall provide evidence of product liability insurance.

§ 8 Delivery in accordance with Incoterms, customs and export

(a) Unless otherwise agreed in individual cases, delivery shall be made by the Contractor in accordance with DAP (Delivered At Place, Incoterms 2020) to the destination specified by the Client. The delivery shall include, in particular, the assumption of all costs and risks until complete delivery to this location, including packaging, transport, insurance, and export and import customs formalities.

(b) The Contractor shall be obliged to provide all documents required for proper customs clearance – in particular commercial invoices, proofs of origin, export declarations and customs tariff numbers – in full and in good time. The Client shall be entitled to reject deliveries for which these documents are missing or incomplete.

(c) The Contractor shall bear all customs duties, taxes, fees, charges, and other public charges incurred in connection with the export, import, or transit of the goods. The Client is not obligated to act as an exporter or importer vis-à-vis customs authorities unless this has been expressly agreed.

Part C – Special provisions for contracts for work and services

§ 1 Subject matter of performance and acceptance

(a) The subject matter is the manufacture of a specific item or the achievement of a result through work or services.

(b) The Contractor shall notify the Client of the completion of the work owed and hand over all documents required for inspection in a usable form, in particular planning documents, drawings, models, calculations, test documentation, and comparable evidence. An acceptance period shall not commence before receipt of these complete documents.

(c) Acceptance shall take place exclusively in a formal manner by means of an express declaration by the Client. Fictitious acceptance, in particular in accordance with Section 640 (2) of the German Civil Code (BGB), is excluded.

(d) Partial acceptances shall only take place if they have been expressly requested or approved by the Client.

(e) At the request of the Client, the Contractor shall cooperate free of charge in the performance of acceptance tests or other acceptance inspections. This also applies to necessary rectifications or measures to remove obstacles to acceptance.

(f) Progress payments or partial payments shall only be made on the basis of express agreements. Settlement prior to formal acceptance is excluded.

(g) Acceptance shall have no effect on the assertion of rights in respect of defects, unless these have been expressly excluded. Further rights of the Client under the GTCP remain unaffected.

(f) If acceptance requires several implementation dates or repeated tests due to the Contractor's services not being acceptable, the Contractor shall bear all additional costs incurred and proven by the Client as a result.

§ 2 Change requests by the Client after placing the order

(a) The Client is entitled to request changes to the agreed services. The Contractor shall take the Client's change requests into account unless it can prove that such a change request is unreasonable within the scope of its operational capacity.

(b) If the changes requested by the Client have an impact on the contractual service structure, in particular the remuneration provisions, the parties shall immediately adjust the contractual provisions. Insignificant effects shall not be taken into account.

(c) If an adjustment to the contractual provision is not made within ten (10) days of receipt of the change request, the agreed service shall be continued without taking the change request into account.

§ 3 Rights in the event of defects

(a) If the work is defective, the Client may, at its discretion, demand subsequent performance by way of repair or replacement. Subsequent performance shall be deemed to have failed if two attempts at repair have been unsuccessful.

(b) If the subsequent performance fails or after the fruitless expiry of a reasonable period set by the Client for the rectification of defects, the Client shall be entitled to assert its statutory rights, in particular withdrawal, reduction, and compensation.

(c) In the event of rectification of defects, the Contractor shall bear all expenses necessary for subsequent performance, in particular transport, travel, labor, and material costs. If the Client incurs additional expenses as a result of the defective work performance, these shall be reimbursed by the Contractor.

§ 4 Limitation period for claims for defects

The limitation period for claims by the Client due to defects in work performance is two (2) years from acceptance. Notwithstanding this, the limitation period for buildings and works whose success consists in the provision of planning or supervision services for them is five years from acceptance.

§ 5 Transfer of rights in the case of work contract services

(a) The Contractor transfers to the Client all exclusive, irrevocable rights to comprehensive use of all protectable work results provided within the scope of the contract for work and services, in particular studies, concepts, drawings, documentation, models, calculations, and comparable works. This includes, in particular, the right to reproduce, edit, distribute, make publicly available, and the right to transfer to third parties and to grant simple or exclusive sublicenses.

(b) The transfer of rights shall take place automatically upon creation of the respective service result or acquisition of the rights by the Contractor, but no later than upon acceptance. The Client shall be entitled to demand entry in national or international property rights registers. The Contractor undertakes to make all necessary declarations for this purpose without delay, free of charge and without further conditions.

Part D – Special provisions for service contracts

§ 1 Subject matter of the service and performance

(a) The Contractor shall provide services within the meaning of § 611 BGB (German Civil Code). The specific content of the service shall be determined by the respective individual contract or the Client's order.

(b) In performing its activities beyond the specifications of the contractually defined order, the Contractor shall not be subject to any instructions from the Client regarding the place, time, and manner of performance of the contractual service. The Contractor shall perform the service on its own responsibility and at its own economic risk.

(c) However, depending on the order, the provision of the service may require, for example, work at a specific location or at a specific time. The Contractor is free to work for other clients.

(d) It must be ensured that the acceptance of other orders does not conflict with the interests of the respective order agreed with the Client.

§ 2 No employee-like position

(a) The Contractor declares that it does not work regularly and predominantly for the Client and that, according to current planning, it generates at least 1/6 of its annual turnover with other clients in addition to the Client.

(b) The Contractor is obliged to inform the Client immediately if there is a change in the actual circumstances in this regard.

(c) In the event of a breach of this duty to inform, the Contractor shall be obliged to compensate the Client for any resulting damage, in particular any social security contributions and income tax for the persons concerned.

§ 3 Remuneration and invoicing

(a) Remuneration shall be based on the respective individual contract. The provisions in Part A § 5 shall apply accordingly.

(b) The Contractor shall issue the Client with a proper invoice for the services rendered. Invoicing shall be based exclusively on the hours actually worked or the agreed flat rate. Travel time, preparation and follow-up work, and other material expenses shall only be reimbursable if they are provided for in the individual contract or have been approved in advance by the Client.

(c) The Contractor is not entitled to demand partial invoices or advance payments unless this has been expressly agreed.

§ 4 Deployment of personnel / Subcontractors

(a) The Contractor may not use subcontractors to fulfill its contractual obligations without the Client's written consent. If the Client agrees to the use of subcontractors, the Contractor must ensure that the subcontractor undertakes to comply with these GTCP on identical terms.

(b) The Contractor undertakes to employ only employees subject to social security contributions at its premises or those of its vicarious agents on the Client's premises to fulfill its contractual obligations and to regularly replace the persons thus employed. The Client has no influence on the selection of the persons to be employed.

(c) In accordance with the statutory provisions, the Contractor shall only use employees who have a valid work permit for the Federal Republic of Germany or, if the service is not provided in Germany, a valid work permit for the respective country of manufacture or service provider when performing the service owed. All applicable taxes and social security contributions shall be paid in full and on time to the relevant authorities by the Contractor. The Contractor shall pass on these obligations to subcontractors by contract.

(d) The Contractor shall ensure compliance with occupational health and safety regulations.

Part E – Special provisions for software development

§ 1 Subject matter of the contract and scope of services

(a) The subject matter of this section is the creation or customization of software by the Contractor. The specific scope of services is specified in the respective order or individual contract.

(b) The Contractor shall be responsible for the complete development and provision of executable software, including user and system documentation.

(c) The Contractor undertakes to comply with all relevant legal regulations on IT and cyber security when providing the services, in particular the requirements of the NIS2 Directive in its national implementation, the General Data Protection Regulation (GDPR), the IT Security Act, the

Accessibility Enhancement Act (BFSG), and relevant standards (e.g., ISO/IEC 27001, BSI basic protection).

(d) The Contractor shall implement and demonstrate technical and organizational measures in accordance with Art. 32 GDPR and, where applicable, § 8a BSIg.

(e) If working within the framework of an iterative or agile development model, partial services shall be documented regularly, handed over on a version-based basis, and stored in a traceable manner in a form defined by the Client.

§ 2 Acceptance and cooperation

(a) The Contractor shall notify the Client of the completion of the software. The Client shall check the delivered

software within a reasonable period of time. Acceptance shall be formal. Fictitious acceptance is excluded.

(b) The Contractor shall cooperate immediately in the performance of tests and the removal of obstacles to acceptance.

§ 3 Transfer of the source code

(a) In addition to the executable software, the Contractor shall also be obliged to transfer the associated source code. The source code includes not only the pure program code, but also documentation describing and explaining it, the minimum scope of which shall be such that, after a reasonable training period, it enables an understanding of the structure and functioning of the software.

(b) The handover must be made in an open, portable, and editable format on a suitable data carrier or via a repository specified by the Client (e.g., GitHub, Bitbucket, GitLab). The Client may stipulate that ongoing development takes place exclusively in a repository managed by them.

§ 4 Transfer of rights

(a) Upon creation of the software, the Contractor shall transfer to the Client the exclusive, irrevocable rights of use and exploitation of the developed software, as well as all performance results arising within the scope of the contractual relationship, in particular user documentation, interface descriptions, specifications, and test documents, without restriction in terms of time, content, or location.

(b) This includes, in particular, the right to reproduce, edit, distribute, make publicly available, and connect the software to other systems in any form.

(c) The transfer of rights shall take place automatically upon creation of the respective service result, regardless of its acceptance. The Client is entitled to transfer the transferred rights to third parties or to grant simple or exclusive sublicenses. A right of use by the Contractor is excluded.

(d) The Contractor shall ensure that moral rights are not asserted. To the extent permissible, the Contractor expressly waives any such rights.

(e) The Client is entitled to have the transfer of rights entered in the respective register, insofar as this is necessary and legally possible. The Contractor

undertakes to make all necessary declarations and take all necessary actions without delay and free of charge.

§ 5 Open-source components

(a) The Contractor is obliged to inform the Client in advance when using open source components and to specify the exact license form.

(b) The use of open source software is only permitted if this does not result in any restrictions for the Client with regard to the contractual use, processing, or further utilization.

(c) The Contractor shall be liable for all damages incurred by the Client as a result of unreported or unlicensed open source software.

§ 6 Rights in respect of defects and rectification

(a) The Contractor warrants that the delivered or developed software, including the user documentation, is free of material defects and defects of title at the time of acceptance or provision that restrict or exclude its use in accordance with the contract.

(b) In the event of a defect, the Client may, at its discretion, demand rectification or replacement. Rectification shall be deemed to have failed if two attempts at rectification have been unsuccessful or if the Contractor unjustifiably refuses to rectify the defect.

(c) If rectification or replacement has failed or is refused by the Contractor, the Client may assert its statutory rights, in particular reduction, withdrawal, and compensation.

(d) The Contractor shall bear all expenses necessary for the rectification of defects, in particular transport, travel, labor, and material costs, as well as costs for testing and repetition at the Client's premises.

(e) The limitation period for claims by the Client due to defects is two (2) years from acceptance of the software. In the case of software for controlling or monitoring structural facilities or software for integration into a structure, the limitation period is five (5) years from acceptance.

(f) Further rights of the Client under these GTCP and statutory claims remain unaffected.

Part F – Special provisions for software licensing

§ 1 Subject matter of the contract and scope of the license

(a) The subject matter of this section is the granting of rights of use to software by the Contractor to the Client, either for a fee or free of charge.

(b) By providing the software, the Contractor grants the Client a simple, non-exclusive, non-transferable, but sublicensable right to use the software in accordance with the contract to the extent agreed in the contract. Unless otherwise agreed, the right of use also includes the permanent storage, reproduction, loading, and running of the software on any of the Client's systems.

(c) If the use of the software is limited to a certain number of users, hardware, geographical region, or type of use, this shall be expressly and conclusively regulated in the contract.

§ 1a Use of cloud-based software (SaaS)

(a) If the software is made available to the Client via Software-as-a-Service (SaaS), access shall be via a cloud platform operated or commissioned by the Contractor. The software shall not be installed locally.

(b) The Contractor shall provide access to the software with a monthly average availability of at least 99.98%, excluding announced maintenance windows. Maintenance windows shall be agreed with the Client.

(c) The Contractor undertakes to comply with all relevant legal regulations on IT and cyber security when providing the services, in particular the requirements of the NIS2 Directive in its national implementation, the General Data Protection Regulation (GDPR), the IT Security Act, the Accessibility Enhancement Act (BFSG), and relevant standards (e.g., ISO/IEC 27001, BSI basic protection).

(d) After termination of the contract, the Contractor shall provide the Client with all data stored in the software within a period of 14 days in a common machine-readable format and then delete it completely, unless this conflicts with any statutory retention obligations.

§ 1b Use of the software with provided hardware

(a) If the software is provided exclusively in conjunction with hardware supplied by the Contractor, the right of use is limited to operation with this hardware.

(b) Further use on other or replaced hardware is permitted.

(c) The Contractor shall remain responsible for necessary updates, security patches, and compliance with the warranted functionality of the software within the system.

(d) In the event of hardware replacement, the Client is entitled to have a replacement device used while retaining the license. In this case, the Contractor may not refuse the license without objective reason.

§ 2 Provision and installation obligation

(a) The Contractor shall provide the Client with the software in machine-readable form (object code) on a suitable data carrier or via electronic download.

(b) If agreed, the Contractor shall install and commission the software on the Client's systems. The Client shall provide the necessary system environment for this purpose.

§ 3 Documentation

(a) The Contractor shall provide the Client with complete and comprehensible user documentation in electronic form in English together with the software.

(b) The documentation must explain the installation, configuration, and use of the software in a comprehensible manner. Without this documentation, the software shall be deemed not to have been delivered in full.

§ 4 Updates, upgrades, and maintenance

(a) Unless otherwise agreed in the contract, the Contractor shall provide the Client with updates, in particular security-related updates, free of charge during the agreed term.

(b) Details regarding troubleshooting, response times, and availability shall be regulated in a separate service level agreement (SLA).

§ 5 License assurances

(a) The Contractor warrants that the software is free from third-party rights that prevent its use by the Client in accordance with the contract.

(b) The Contractor shall ensure that the use of the software by the Client does not give rise to any obligation to disclose or release its own software or software used by the Client (e.g., through so-called "copyleft" licenses). The use of corresponding open source components is only permitted with the prior express consent of the Client.

(c) The Contractor undertakes to indemnify the Client upon first request against all third-party claims based on an infringement of industrial property rights or copyrights through the contractual use of the software.

§ 6 Rights in respect of defects

(a) The Contractor warrants that the software is free of material defects and defects of title that impair its use in accordance with the contract at the time of delivery.

(b) In the event of a defect, the Client may, at its discretion, demand rectification or replacement. Rectification shall be deemed to have failed if two attempts have been unsuccessful.

(c) The limitation period for claims for defects is twelve months from the provision of the software.

(d) The statutory rights to withdrawal, reduction, and compensation remain unaffected.

§ 7 Term and termination

Convenience translation for information only ! The German language version takes precedent !

(a) If a limited license is granted, the right of use shall automatically expire at the end of the agreed term. Any extension shall require a separate agreement.

(b) In the event of termination of the contract, the Client must uninstall the software and delete all copies, unless a permanent right of use has been granted.

§ 8 Technically remaining, inactive license code after license expiry

(a) If the licensed software or parts thereof are part of a higher-level software or system architecture of the Client and the removal of the license code is technically impossible or only possible with disproportionate effort, the Contractor grants the Client a permanent, non-exclusive, irrevocable right to leave the technically remaining, inactive license code in the software and to reproduce it for the purpose of system integrity.- exclusive, irrevocable right to leave the technically remaining, inactive license code in the software and to reproduce it for the purpose of system integrity.

(b) This right exclusively covers passive integration into existing software components and does not justify any further use in the sense of operating or actively executing the licensed software.

(c) The Contractor waives any claims for injunctive relief, removal, or compensation, provided that the technically remaining license code remains inactive and is no longer used for active purposes.

§ 9 Technically induced after-effects after license expiry

(a) The Contractor acknowledges that, after termination of the right of use, automated requests from third-party clients to components of the licensed software may continue to be made for technical reasons without the Client initiating or controlling them.

(b) Such requests do not constitute a breach of contract, an implied extension of the license agreement, or a claim for additional compensation or damages.

(c) The Contractor waives all claims against the Client in this respect, provided that the Client does not actively continue to use or initiate these requests.